



Alle Inhalte unter
bildungsbericht.de
verfügbar

Autor:innengruppe Bildungsberichterstattung

Bildung in Deutschland **kompakt** 2022



Zentrale Befunde des Bildungsberichts



KULTUSMINISTER
KONFERENZ



Bundesministerium
für Bildung
und Forschung



Der Bericht wurde unter Federführung des DIPF | Leibniz-Institut für Bildungsforschung und Bildungsinformation von einer Autor:innengruppe und ihren Co-Autor:innen erstellt, die den folgenden wissenschaftlichen Einrichtungen und Statistischen Ämtern angehören:

DIPF | Leibniz-Institut für Bildungsforschung und Bildungsinformation, Deutsches Institut für Erwachsenenbildung – Leibniz-Zentrum für lebenslanges Lernen e.V. (*DIE*), Deutsches Jugendinstitut (*DJI*), Deutsches Zentrum für Hochschul- und Wissenschaftsforschung (*DZHW*), Leibniz-Institut für Bildungsverläufe (*LifBi*), Soziologisches Forschungsinstitut an der Universität Göttingen (*SOFI*) sowie die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder (*Destatis*, *StLÄ*)

Verantwortliche Autor:innen:

Prof. Dr. Kai Maaz (*DIPF*),
Sprecher der Autor:innengruppe
Prof. Dr. Cordula Artelt (*LifBi*)
Leitende Regierungsdirektorin Pia Brugger (*Destatis*)
Prof. Dr. Sandra Buchholz (*DZHW*)
Dr. Stefan Kühne (*DIPF*)
PD Dr. Holger Leerhoff (*StLÄ*)
Prof. Dr. Thomas Rauschenbach (*DJI*)
Prof. Dr. Josef Schrader (*DIE*)
Prof. Dr. Susan Seeber (*SOFI/Universität Göttingen*)

Projektassistentz:

Verena Engelhardt (*DIPF*)

Co-Autor:innen:

Dr. Meike Baas (*Destatis*)
Marco Brenner-Mancebo (*Destatis*)
Madlain Hoffmann (*LifBi*)
Iris Hoßmann-Büttner (*StLÄ*)
Dr. Christian Kerst (*DZHW*)
Jonathan Kohl (*DIE*)
Katharina Kopp (*Forschungsverbund DJI/TU Dortmund*)
Marie Leiste (*Destatis*)
Dr. Susanne Lochner (*DJI*)
Svenja Mank (*DIPF*)
Dr. Michael Mudiappa (*LifBi*)
Ricarda Nauenburg (*StLÄ*)
Dr. Maria Richter (*SOFI*)
Stefan M. Schulz (*DIPF*)

Impressum

Gesamtherstellung:

wbv Publikation
ein Geschäftsbereich von wbv Media GmbH & Co. KG,
Bielefeld 2022

Umschlagfotos:

links: istock/sturti
oben rechts: istock/valentinrussanov
unten rechts: Halfpoint/Adobe Stock

Konzeption der Infografiken:

sapera_

www.sapera.com

Diese Publikation ist mit Ausnahme der Umschlagfotos unter folgender Creative-Commons-Lizenz veröffentlicht:
<http://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/>



Sie ist kostenlos verfügbar unter wbv-open-access.de und bildungsbericht.de.

Einleitung

„Bildung in Deutschland“ ist ein Bericht, der alle 2 Jahre eine systematische Bestandsaufnahme des gesamten deutschen Bildungssystems auf Basis von Daten der amtlichen Statistik und aus sozialwissenschaftlichen Erhebungen bietet. Eine wissenschaftlich unabhängige Autor:innengruppe erstellt den von der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland (KMK) und dem Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) geförderten Bericht. „Bildung in Deutschland“ benennt den Stand und die Entwicklungsperspektiven in den verschiedenen Bereichen des deutschen Bildungssystems – von der Frühen Bildung über das Schulwesen, die berufliche Ausbildung und Hochschule bis hin zur Weiterbildung. Die Autor:innen analysieren die Bildungsvoraussetzungen, Bildungswege und Bildungsergebnisse von Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen und verknüpfen sie mit Daten zu Qualitätsmerkmalen von Bildungsinstitutionen sowie weiteren Kontextinformationen. Mit dieser Aufbereitung verfügbarer Daten dokumentiert auch der 9. Bildungsbericht bereichsübergreifend die aktuelle Entwicklung des Bildungssystems. Er bietet so eine Grundlage für fundierte Diskussionen in Politik und Öffentlichkeit.

Dieses umfassende Orientierungswissen beruht zum einen auf einer kontinuierlichen Recherche, Systematisierung und Zusammenstellung von Informationen zu politischen, rechtlichen und fachlichen Entwicklungen im Bildungswesen. Zum anderen fußen die Bildungsberichte auf Analysen repräsentativer und fortschreibbarer Daten. Diese werden unter der Leitidee von Bildung im Lebenslauf strukturiert, mit Blick auf übergreifende Fragestellungen neu oder unter erweiterten Gesichtspunkten analysiert und in ihren gesellschaftlichen Auswirkungen interpretiert. Die Grundlage dafür bildet ein überschaubarer, systematischer, regelmäßig aktualisierbarer Satz von statistischen Kennziffern. Gebündelt geben sie als Indikatoren jeweils über ein zentrales Merkmal von Bildungsprozessen bzw. einen zentralen Aspekt von Bildungsqualität Auskunft.

Mit diesem breiten Ansatz wendet sich der Bildungsbericht an Bildungspolitik, Bildungsverwaltung

und an die Praxis im Bildungsbereich. Doch auch der interessierten Öffentlichkeit, der Wissenschaft sowie Lehrenden und Lernenden jeder Art stellt er aktuelle Informationen über Trends im Bildungswesen zur Verfügung. Die folgende Zusammenfassung bietet ein Resümee der wichtigsten Ergebnisse des Bildungsberichts 2022. Sie werden kompakt und anschaulich für die interessierte Öffentlichkeit aufbereitet.

- In einem ersten Schritt werden zentrale Befunde entlang der Kapitelstruktur des Gesamtberichts vorgestellt. Den Ausgangspunkt bilden demografische, wirtschaftliche sowie weitere gesellschaftliche Rahmenbedingungen von Bildung. Anschließend werden bereichsübergreifende Grundinformationen, etwa zu den Bildungsausgaben oder zum Bildungsstand der Bevölkerung, gegeben. Nachfolgend liegt der Fokus auf Trends und Problemlagen, die sich in den einzelnen Bildungsbereichen abzeichnen – von der Frühen Bildung bis zur Weiterbildung und den Erträgen von Bildung. In einem gesonderten Schwerpunkt Kapitel widmet sich der Bildungsbericht 2022 dem Thema „Bildungspersonal“, über das an dieser Stelle ebenfalls in einem eigenen Abschnitt informiert wird.
- Aus der Gesamtschau aller Einzelbefunde ergibt sich in einem zweiten Schritt eine Reihe von bereichsübergreifenden Trends und Problemlagen. Im Bildungsbericht 2022 werden diese Entwicklungslinien im Lichte der 2020 einsetzenden Corona-Pandemie bilanziert. Mit diesen Ergebnissen und mit dem Ziel, vordringliche Handlungsfelder und -bedarfe im Bildungswesen zu identifizieren, benennt die Autor:innengruppe in einem letzten Schritt die zentralen Herausforderungen, die sich aus ihrer Sicht für Bildungspolitik, Bildungsadministration und Bildungspraxis ergeben.

Weiterführende Informationen liefert auch die Homepage www.bildungsbericht.de. Dort sind alle bisher erschienenen Bildungsberichte in Gänze und auch ihre jeweiligen Datengrundlagen in digitaler Form verfügbar.

Entwicklungen im Bildungswesen sind immer auch in gesamtgesellschaftliche Prozesse eingebettet. Wesentliche Rahmenbedingungen bilden die Schlüsselbereiche Demografie, Familien- und Lebensformen, die wirtschaftliche Dynamik und die Erwerbstätigkeit: Entwicklungen in diesen Bereichen beeinflussen das Bildungswesen in direkter oder indirekter Weise und machen im Bedarfsfall Anpassungen auf institutioneller Ebene wie auch im Personalsektor und bei den Einrichtungen erforderlich.

Um Bildungsangebote mittel- und langfristig planen zu können, sind solide Vorausberechnungen der demografischen Entwicklung in den für die jeweiligen Bildungsphasen typischen Altersgruppen von essenzieller Bedeutung. 2020 gab es einen unerwarteten Bruch des seit 2011 anhaltenden Bevölkerungswachstums: Gegenüber dem Vorjahr war mit einem Stand von 83,16 Millionen Menschen ein leichter Rückgang zu verzeichnen. Hauptgrund waren geringere Wanderungsgewinne aus dem Ausland, die auch mit den im Rahmen der Corona-Pandemie einhergehenden weltweiten Reisebeschränkungen zu tun gehabt haben dürften.

1970 waren Frauen im früheren Bundesgebiet bei der 1. Geburt im Schnitt 24, in den ostdeutschen Flächenländern 22 Jahre alt; 2020 liegt das entsprechende Alter im Osten wie im Westen bei rund 30 Jahren. Als Gründe für diese spätere Familiengründung werden mit geänderten gesellschaftlichen und individuellen Erwartungshaltungen einhergehende Phänomene wie eine insgesamt gestiegene Ausbildungsdauer und eine (im Westen) zunehmende Erwerbsorientierung von Frauen angesehen. Dieser Trend wirkt sich auf die Familienplanung aus und führt zudem zu einer Verkürzung der Lebensphase, in der Frauen weitere Kinder zur Welt bringen können.

Heute hat mit 27 % mehr als jede 4. Person in Deutschland einen Migrationshintergrund; vor 10 Jahren war es jede 5. Person. Ein gutes Drittel dieser Menschen gehört der 2. oder 3. Generation an, wurde also hierzulande geboren; rund 75 % dieser hier geborenen Menschen haben eine deutsche Staatsbürgerschaft. Der Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund an der Gesamtbevölkerung steigt insbesondere in den jüngeren Altersgruppen: liegt er in der Gruppe der über 45-Jährigen bei 18 %, beträgt er bei den jungen Erwachsenen 34 % und bei den unter 6-Jährigen gut 40 %.

Die Familie bildet den ersten und zugleich den zentralen Ort der Sozialisation und der Persönlichkeitsbildung. Daher sind die entsprechenden familialen Konstellationen, in denen Kinder und Jugendliche aufwachsen, von hoher Relevanz. 2020 lebte mit 49 %

knapp die Hälfte der Bevölkerung Deutschlands in Familien, also als Erwachsene mit Kindern in einem Haushalt; gegenüber 2010 ist dieser Wert konstant geblieben. In jedem 6. Eltern-Kind-Haushalt lebt nur ein erwachsenes Elternteil. Bei Familien mit Migrationshintergrund ist der Anteil der Paarfamilien deutlich größer als bei Familien ohne Migrationshintergrund.

Die Bildungserfolge der Kinder stehen in unmittelbarem Zusammenhang mit der sozioökonomischen Situation der Familie. Mit Blick darauf lassen sich 3 wesentliche Risikofaktoren ausmachen: ein niedriger Bildungsstand der Eltern, die elterliche Erwerbslosigkeit und eine Armutsgefährdung des Haushalts. 2020 war weiterhin mehr als jede 4. minderjährige Person von mindestens einer dieser 3 Risikolagen betroffen. Zumindest für das Jahr 2020 sind dabei noch keine markanten Effekte der Corona-Pandemie zu erkennen.

Der Anteil der Kinder, die mit mindestens einem dieser Risiken aufwachsen, verringert sich nur sehr langsam und ist nach wie vor in Alleinerziehendenfamilien und Familien mit Migrationshintergrund besonders ausgeprägt. 48 % der Kinder aus Familien mit Migrationshintergrund wachsen unter der Belastung mindestens einer Risikolage auf, bei den Kindern ohne Migrationshintergrund sind es nur 16 %.

Während in Paarfamilien rund ein Viertel der Kinder von mindestens einer Risikolage betroffen ist, ist der entsprechende Anteil bei Kindern Alleinerziehender mehr als doppelt so hoch; in dieser Gruppe sticht der Anteil der armutsgefährdeten Kinder besonders hervor. Die unterschiedliche Belastung dieser beiden Familienformen verschärft sich noch mit der Anzahl Kinder in der Familie: Von mindestens einer Risikolage betroffen sind 48 % der Einzelkinder in Alleinerziehendenfamilien und 17 % der Einzelkinder in Paarfamilien. In Familien mit 3 und mehr Kindern betragen die Anteile dann 77 % in Alleinerziehendenfamilien und 42 % in Paarfamilien.

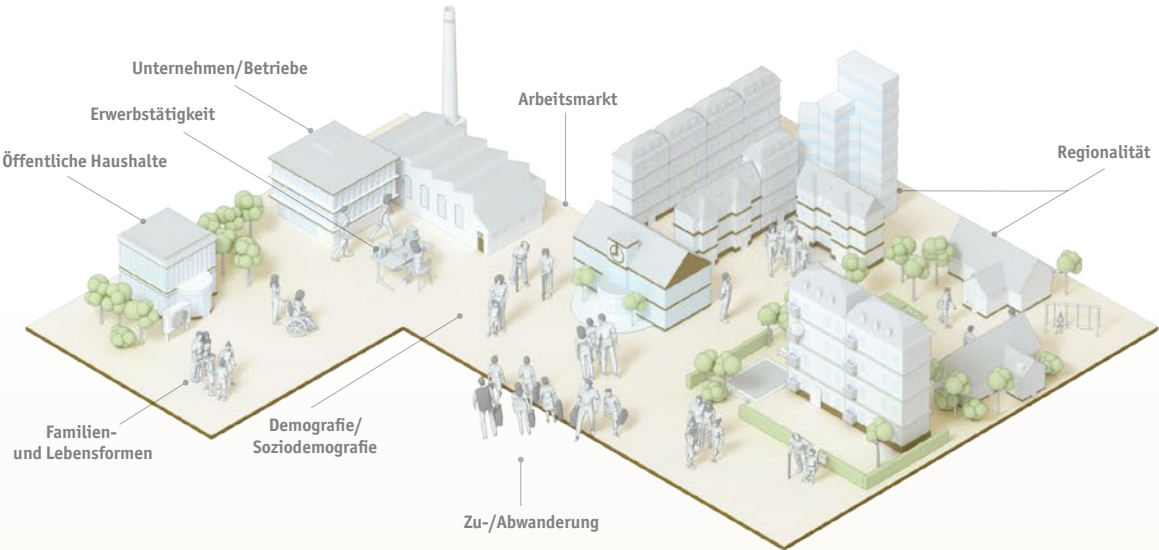
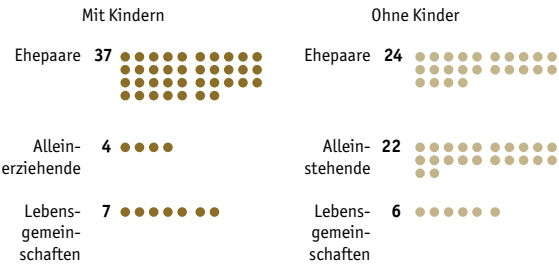
Neben den Schlüsselbereichen Demografie sowie Familien- und Lebensformen beeinflussen die Erwerbstätigkeit und die wirtschaftliche Dynamik die Entwicklungen im Bildungswesen. Nach einer Dekade robusten Wachstums rutschte die deutsche Wirtschaft im Jahr 2020 im Zuge der Corona-Pandemie erstmals seit der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/09 in eine Rezession. Das Bruttoinlandsprodukt für 2020 belief sich auf 3.368 Milliarden Euro – dies entspricht einem Rückgang der Wirtschaftsleistung um 4,6 % gegenüber 2019. Dies ging mit einem Rückgang der Zahl der Erwerbstätigen gegenüber dem Vorjahr um 0,7 % einher.

Im Überblick



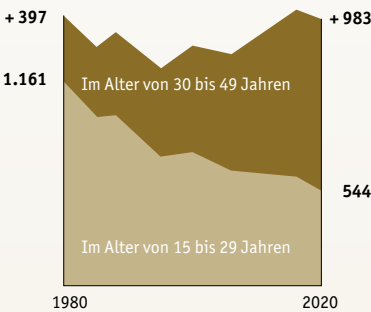
Fast die Hälfte der Bevölkerung lebt als Familie mit Kindern zusammen

Bevölkerung nach Lebensformen in Haushalten 2020 (in %)



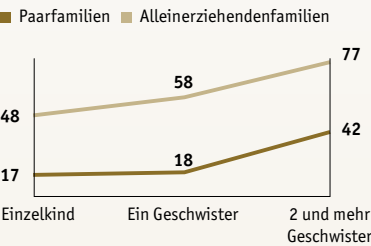
Trend zur späten Familiengründung

Geburten je 1.000 Frauen



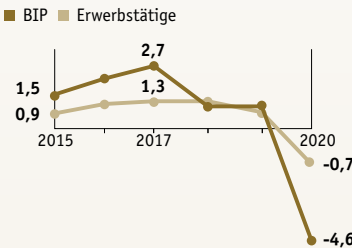
Mit jedem zusätzlichen Kind in der Familie erhöhen sich bildungsbezogene Risikolagen

Mindestens eine Risikolage nach Anzahl der Geschwisterkinder 2020 (in %)



Rückgang der Wirtschaftsleistung und Erwerbstätigkeit im Zuge der Corona-Pandemie

Veränderung von Bruttoinlandsprodukt und Zahl der Erwerbstätigen zum jeweiligen Vorjahr 2011 bis 2020 (in %)



Demografische und wirtschaftliche Entwicklungen sowie historische Zäsuren und ihre Auswirkungen, etwa der zeitweise Verzicht auf Präsenzunterricht aufgrund der Corona-Pandemie oder die Zuwanderung infolge des Ukraine-Kriegs, stellen große Anforderungen an das Bildungssystem.

In den Jahren zwischen 2010 und 2020 beeinflussten vorübergehend höhere Geburtenzahlen, die in Wellen verlaufenden Zuzüge aus dem Ausland, aber auch die gestiegene Bildungsbeteiligung im Elementar- und Tertiärbereich sowie der Trend zu lebenslangem Lernen das Bildungssystem. Im Jahr 2020 besuchten 17,5 Millionen Menschen formale Bildungseinrichtungen, das heißt Einrichtungen der Kindertagesbetreuung, allgemeinbildende oder berufliche Schulen sowie Hochschulen. Gegenüber 2010 ist das ein Anstieg um 600.000 Menschen oder rund 4 %.

Der erreichte Bildungsabschluss beeinflusst die Bildungs- und Erwerbsbeteiligung junger Erwachsener. So weisen 19- bis unter 25-Jährige mit Hochschulreife mit 88 % die höchste Bildungsbeteiligung auf. Personen in dieser Altersgruppe, die eine Berufsausbildung abgeschlossen haben, integrieren sich erfolgreich in den Arbeitsmarkt. Sie sind mit 76 % am häufigsten erwerbstätig und nehmen nur selten an weiterer formaler Bildung teil (19 %). Bei den jungen Erwachsenen ohne Berufsabschluss oder Hochschulreife ist der Anteil derjenigen, die sich weder an formaler Bildung beteiligen noch erwerbstätig sind, mit 18 % am höchsten.

Die gestiegene Bildungsbeteiligung im Hochschulbereich und der langfristige Trend zur Höherqualifizierung spiegeln sich auch im Bildungsstand der Bevölkerung (ab 15 Jahren) wider: Im Jahr 2020 verfügten 26 % der Bevölkerung über einen höheren beruflichen (z. B. Meister) oder akademischen Abschluss (+5 Prozentpunkte gegenüber 2010). Dennoch zeigen sich große Unterschiede, insbesondere bei Menschen ab 25 Jahren mit Migrationshintergrund je nach Zuzugsalter. Deutschland verzeichnet einerseits einen Brain Gain, da etwa 25 % der im Alter von 19 Jahren oder älter Zugezogenen über einen Hochschulabschluss verfügen. Andererseits weisen Menschen, die im Alter von unter 19 Jahren zugezogen sind, später wesentlich seltener einen Hochschulabschluss vor (14 %) als in Deutschland geborene Menschen mit (22 %) und ohne Migrationshintergrund (23 %). Eine besondere Herausforderung für das Bildungssystem stellt nach wie vor der Anteil Erwachsener ohne beruflichen Abschluss oder Hochschulreife in der Bevölkerung dar, der bei Menschen mit Migrationshintergrund überdurchschnittlich hoch ist.

Die gestiegene Bildungsbeteiligung geht auch mit einer Zunahme der Zahl der formalen Bildungseinrichtungen einher, die mit 99.800 im Jahr 2020 gegenüber 2010 um rund 4.000 Einrichtungen bzw. 4 % angewachsen ist. Ausgebaut wird insbesondere das Bildungsangebot in der Kindertagesbetreuung und an Hochschulen. Die Konzentration der Hochschulstandorte auf Großstädte nimmt dabei weiter zu. Im Bereich der Schulen hingegen ist aufgrund des demografisch bedingten Sinkens der Schüler:innenzahlen seit 2010 die Anzahl der allgemeinbildenden Schulen um 7 % und die der beruflichen Schulen um 6 % zurückgegangen.

Ein hochwertiges Bildungsangebot braucht ausreichend und gut qualifiziertes Personal. Im Jahr 2020 sind 2,6 Millionen Menschen (+20 % gegenüber 2010) in Kindertageseinrichtungen und in der Kindertagespflege (759.500), an allgemeinbildenden und beruflichen Schulen (1.109.500) sowie an Hochschulen (710.000) beschäftigt. Damit sind 6 % aller Erwerbstätigen in den genannten Bildungseinrichtungen tätig und stellen somit auch für den Arbeitsmarkt eine relevante Größe dar.

Die Möglichkeiten, das Bildungssystem auszugestalten, werden in großem Maße von der Höhe der öffentlichen und privaten Bildungsausgaben beeinflusst. Im Jahr 2020 wurden laut Bildungsbudget insgesamt rund 241 Milliarden Euro für Bildung aufgewendet, das entsprach 7,2 % des BIP. Mit rund 110 Milliarden entfiel ein Großteil der Bildungsausgaben auf die Schulen sowie den schulnahen Bereich. Etwa 44 Milliarden Euro entfielen auf den Tertiärbereich und rund 37 Milliarden Euro auf den Elementarbereich. Die restlichen rund 50 Milliarden Euro verteilten sich auf eine Vielzahl von Bereichen, etwa Volkshochschulen, die betriebliche Weiterbildung oder die Förderung von Bildungsteilnehmenden. Rund 81 % der Gesamtausgaben werden öffentlich, das heißt von Bund, Ländern und Gemeinden, finanziert, der Rest entfällt auf den privaten Bereich und das Ausland.

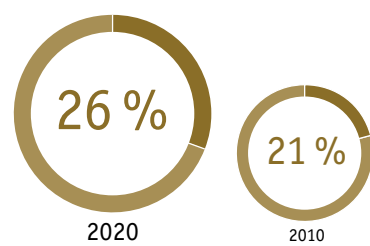
Die durch die Corona-Pandemie ausgelöste verstärkte Förderung der Digitalisierung von Bildungseinrichtungen durch die öffentlichen Haushalte hatte signifikante Auswirkungen auf die Bildungsausgaben von Bund, Ländern und Gemeinden. Die nachhaltige Digitalisierung des Bildungssektors wird von einer Verstärkung der Investitionen in die Infrastruktur, in den Ausbau der digitalen Bildungsangebote und in die Qualifizierung des Bildungspersonals abhängen.

Im Überblick



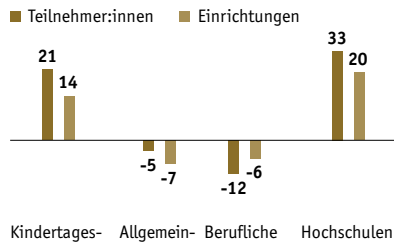
Bildungsstand der Bevölkerung steigt weiterhin

Anteil der Bevölkerung mit hohem Bildungsabschluss (ISCED 5–8)



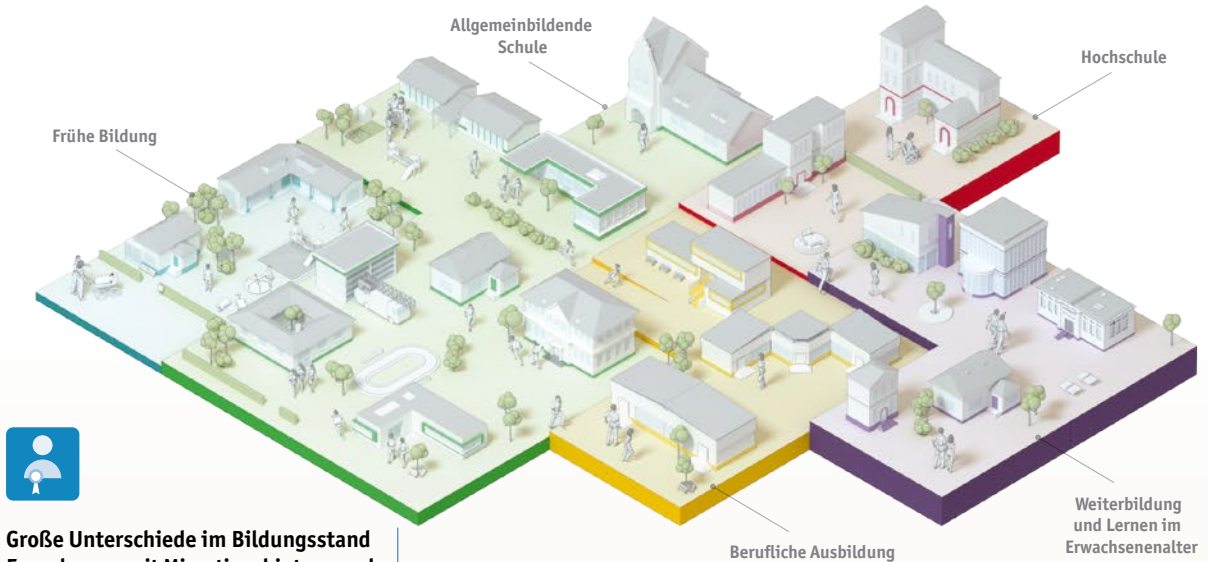
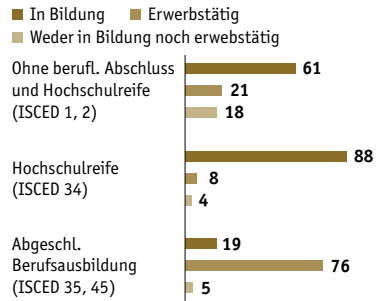
Gestiegene Bildungsbeteiligung und Zunahme der Bildungseinrichtungen im Kita- und Hochschulbereich

Veränderung von 2010 bis 2020 (in %)



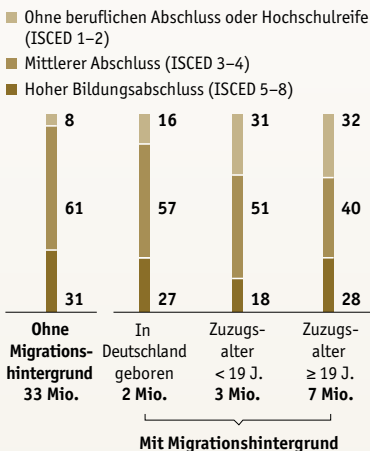
Erreichter Bildungsabschluss beeinflusst die Bildungs- und Erwerbsbeteiligung junger Erwachsener

Bildungsbeteiligungsquote der 19 bis unter 25-Jährigen nach erreichtem Abschluss, 1. Quartal 2019 (in %)



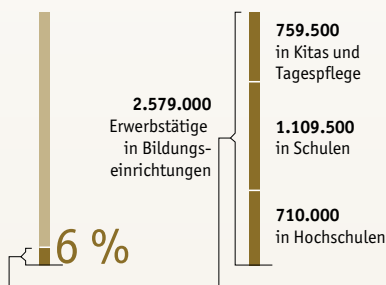
Große Unterschiede im Bildungsstand Erwachsener mit Migrationshintergrund, insbesondere nach Zuzugsalter

Bevölkerungsanteil im Alter von 25 bis unter 65 Jahren nach Bildungsabschluss 2019 (in %)



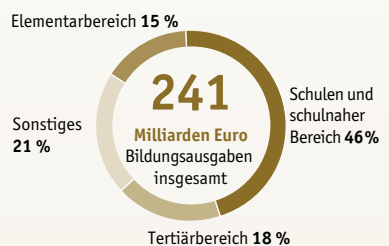
Formale Bildungseinrichtungen wichtiger Beschäftigungssektor am Arbeitsmarkt

Anteil des Personals in formalen Bildungseinrichtungen an allen Erwerbstätigen 2020



Schulen und schulnaher Bereich sind Ausgabenschwerpunkt im Bildungssektor

Bildungsausgaben 2020 nach Aufgabenbereichen



Der mehrjährige Besuch frühkindlicher Bildungseinrichtungen vor dem Schuleintritt ist für nahezu alle Kinder in Deutschland mittlerweile zu einer Selbstverständlichkeit geworden. Rund 92 % der 3- bis unter 6-Jährigen nahmen 2021 Angebote der Kindertagesbetreuung in Anspruch. Zudem nutzen inzwischen vermehrt unter 3-Jährige diese Bildungsangebote: In den letzten 10 Jahren ist deren Beteiligungsquote um fast 10 Prozentpunkte auf 34 % im Jahr 2021 gestiegen. Somit befindet sich derweil mehr als ein Drittel der unter 3-Jährigen in Kindertagesbetreuung – dies entspricht rund 810.000 Kindern.

Bei den unter 3-Jährigen zeigen sich jedoch dem Mikrozensus 2020 zufolge Unterschiede in der Bildungsbeteiligung der Kinder je nach Bildungsabschluss der Eltern. So nahmen unter 3-Jährige, deren Eltern als höchsten Bildungsabschluss einen (Fach-)Hochschulabschluss, Meister:in/Techniker:in oder einen gleichwertigen Fachschulabschluss vorwiesen, mit 38 % deutlich häufiger frühe Bildungsangebote in Anspruch als Gleichaltrige, deren Eltern den Mittleren, den Ersten oder gar keinen Schulabschluss besaßen (18 %); die Bildungsbeteiligungsquote von Kindern, deren Eltern über die (Fach-)Hochschulreife, eine Berufsausbildung oder einen Abschluss in Gesundheits- und Sozialberufen verfügen, lag bei 29 %. Ähnliche Unterschiede je nach Bildungsabschluss der Eltern zeigen sich auch bei den Beteiligungsquoten der 3- bis unter 6-Jährigen.

Die Corona-Pandemie hat die gesellschaftliche Bedeutung der öffentlichen Bildung, Betreuung und Erziehung von noch nichtschulpflichtigen Kindern mehr als verdeutlicht. Zu Beginn der Pandemie im März 2020 führte der 1. Lockdown zu bundesweiten Kita-Schließungen und -Betreuerungsverboten. Nach einem fast vollständigen Regelbetrieb unter Pandemiebedingungen im Spätsommer und Herbst folgte Ende 2020 der 2. Lockdown mit erneuten Einschränkungen. Diese wurden sukzessive von unterschiedlichen Länderregelungen mit flexibleren Anpassungen der Notbetreuung an das Pandemiegeschehen abgelöst. Ab Mitte April 2021 bis Ende Juni 2021 regelte die lokale Inzidenz dann bundesweit das Öffnungs- und Schließungsgeschehen der Kitas. Allerdings nahmen Ende 2021 und besonders im 1. Quartal 2022 die infektionsbedingten Kita-Schließungen noch einmal deutlich zu.

Der wiederholte zeitweilige (Teil-)Ausfall der institutionellen Kindertagesbetreuung führte für einen Teil der Kinder zu einer Verringerung wichtiger Bildungsimpulse, die ansonsten durch das pädagogische Fachpersonal, aber auch im Zusammenspiel mit Gleichaltrigen vermittelt werden. Die Anregungsqualität und -intensität von Kindern

hing in dieser Zeit wesentlich von den Möglichkeiten in der Familie ab. Während der Corona-Pandemie haben sich zudem die Unterschiede in der frühen Förderung in Abhängigkeit vom Bildungshintergrund der Eltern vergrößert. Gemeinsame Aktivitäten haben in dieser Zeit zwar in allen Familien zugenommen, jedoch hat sich bei expliziten Bildungsaktivitäten wie dem Vorlesen die Schere zwischen Eltern mit hohem und niedrigem Bildungsstand weiter vergrößert: Während Kindern aus Elternhäusern mit hohem Bildungsabschluss 2019 noch an 5 Tagen pro Monat mehr vorgelesen wurde als Kindern von Eltern mit niedrigeren Abschlüssen, erhöhte sich die Differenz im Jahr 2021 auf immerhin 7 Tage pro Monat. Es spricht einiges dafür, dass sich die Bildungsungleichheiten in der frühen Kindheit durch den teilweisen Ausfall der öffentlichen Fördermöglichkeiten verstärkt haben. Welche langfristigen Folgen die Corona-Zeit ggf. für die Kinder hat, lässt sich derzeit noch nicht klar formulieren; hierzu bedarf es weiterer Forschung.

Die pandemiebedingten Einschränkungen des Kita-Besuchs hatten auch Auswirkungen auf Sprachbildungs- und -fördermaßnahmen. Insbesondere Kinder, die in der Familie mit einer nichtdeutschen Sprache aufwachsen, waren hiervon betroffen. Immerhin jedes 5. Kita-Kind im Alter von 3 Jahren bis zum Schuleintritt spricht zu Hause überwiegend eine andere Sprache als Deutsch. Im Jahr 2021 besuchten 73 % der Kita-Kinder zwischen 3 Jahren und dem Schuleintritt eine Tageseinrichtung, in der der Anteil von Kindern mit einer nichtdeutschen Familiensprache bei mehr als einem Viertel lag. Vorpandemische Daten belegen zudem das unterschiedliche Sprachniveau von Kindern, das mit dem elterlichen Bildungsstand einhergeht. Mit der verstärkten Förderung des Programms „Sprach-Kitas“ hat die Politik auf die zusätzlichen Herausforderungen durch die Corona-Pandemie reagiert. Die aktuelle Zuwanderung aus der Ukraine könnte das Kita-System in diesem Punkt ein weiteres Mal herausfordern.

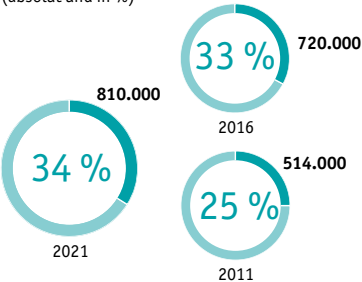
Der Fachkräftemangel stellt momentan und in den kommenden Jahren die vielleicht größte Herausforderung für das Feld der Frühen Bildung dar – vor allem in Westdeutschland. Aktuelle Vorausberechnungen zufolge werden den Kitas in Westdeutschland im Jahr 2025 bis zu 73.000 Fachkräfte fehlen. Auch wenn bis 2025 rund 418.000 Kita-Fachkräfte in der Frühen Bildung verbleiben und vermutlich knapp 150.000 Neuausgebildete hinzukommen, lässt sich der Gesamtbedarf von voraussichtlich mehr als 600.000 Fachkräften damit nicht decken. Die Pandemie hat den Personalnotstand noch verstärkt, sodass dieser Engpass in den kommenden Jahren zu einer Schlüsselfrage der Zukunftsfähigkeit der Frühen Bildung wird.

Im Überblick



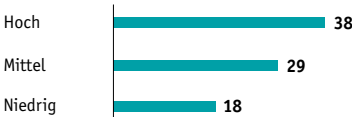
Anzahl der unter 3-Jährigen in Kindertagesbetreuung steigt bei zuletzt eher konstant bleibenden Beteiligungsquoten

Entwicklung der Bildungsbeteiligung (absolut und in %)



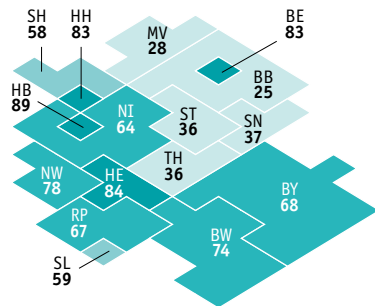
Unter 3-jährige Kinder von Eltern mit höherem Bildungsabschluss häufiger in Kindertagesbetreuung

Bildungsbeteiligungsquote nach höchstem Bildungsabschluss der Eltern (in %)



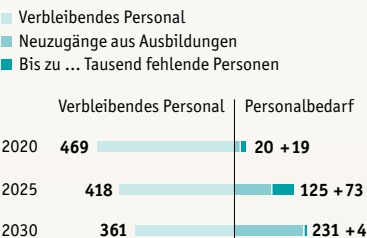
Vor allem in den westdeutschen Ländern viele Kitas mit einem höheren Anteil an Kindern mit nichtdeutscher Familiensprache

Anteil an Kitas mit über 25 % an Kindern mit vorrangig nichtdeutscher Familiensprache im Alter von 3 Jahren bis zum Schuleintritt (in %) (2021)



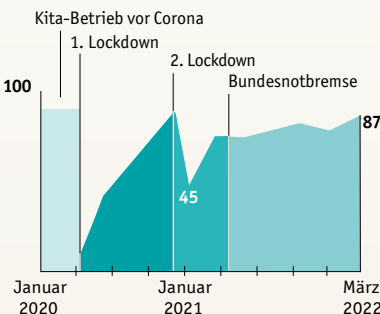
Bis 2030 steigender Personalbedarf in Westdeutschland über die zu erwartenden Ausbildungsneuzugänge hinaus

Anzahl des verbleibenden Personals und des künftigen Personalbedarfs in Tausend



Die bundesweite Kita-Auslastung korrespondiert mit den pandemiebedingten Einschränkungen

Anteil der tatsächlich betreuten unter 6-Jährigen in Kitas während der Corona-Pandemie an allen Kita-Kindern (in %)

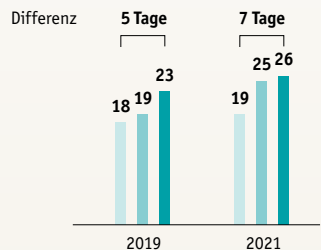


Unterschiede in der Vorlesehäufigkeit in Abhängigkeit vom Bildungsabschluss der Eltern nahmen während der Corona-Pandemie weiter zu

Anzahl der Tage pro Monat, an denen 2- bis unter 6-Jährigen vorgelesen wird

Höchster Bildungsabschluss der Eltern:

■ Niedrig ■ Mittel ■ Hoch



Die Entwicklungen im Schulwesen in den letzten Jahren zeichnet der Bildungsbericht entlang zweier wesentlicher Leitlinien nach: die gleichberechtigten Teilhabechancen aller Kinder und Jugendlichen und die Bewältigung der Folgen der Corona-Pandemie.

Der Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und Bildungserfolg bleibt anhaltend stark ausgeprägt und vermindert damit die Chancen auf eine gleichberechtigte soziale Teilhabe aller Kinder und Jugendlichen und die Vorbereitung auf eine selbstbestimmte Lebensführung. Schüler:innen aus benachteiligten sozialen Lagen besuchen nach der Grundschule deutlich seltener höher qualifizierende Schularten und Bildungsgänge und sind bei den Abschlüssen weiterhin häufiger am unteren Ende des Spektrums vertreten. Mit 31 % erwerben sie wesentlich seltener die Allgemeine Hochschulreife als Schüler:innen aus besser gestellten Elternhäusern (79 %). Hinzu kommt, dass in den Fächern Deutsch und Mathematik der Leistungsvorsprung von Viertklässler:innen aus sozioökonomisch stärkeren Elternhäusern gegenüber weniger privilegierten Kindern 2016 bzw. 2019 bei jeweils etwa einem Lernjahr lag. Auch variiert in Abhängigkeit der familialen Herkunft, ob junge Menschen Zugang zu non-formalen Lerngelegenheiten durch freiwilliges Engagement finden. Mit Blick auf ihre eigene berufliche Zukunft haben sozioökonomisch benachteiligte Jugendliche in Jahrgangsstufe 8 geringere Erwartungen, die zudem von ihren eigentlichen Berufswünschen stärker abweichen als bei Jugendlichen mit hohem Sozialstatus.

Für eine gleichberechtigte Teilhabe an Bildung wird es eine Kernfrage der künftigen Schulentwicklung sein, wie Diversität in der Zusammensetzung der Schülerschaft bestmöglich berücksichtigt werden kann. Grundschulklassen unterscheiden sich teils erheblich darin, inwieweit sich die Schülerschaft unter sozioökonomischen, migrationsbezogenen und sonderpädagogischen Gesichtspunkten als divers zusammengesetzt beschreiben lässt. Vornehmlich in jenen Klassen mit überdurchschnittlich vielen Kindern aus sozioökonomisch stärkeren Elternhäusern ist eine weniger gleichmäßige Verteilung von Schüler:innen unterschiedlicher sozialer Herkunft gegeben. Positive Zusammenhänge deuten sich indessen zwischen einer diverseren Klassenkomposition und der Zugehörigkeit und gegenseitigen Unterstützung an, die Viertklässler:innen im Klassenverbund wahrnehmen.

Bundesweit wurden 2020 mit 582.000 Schüler:innen erneut mehr Kinder und Jugendliche sonderpädagogisch gefördert als zuvor. Obwohl in allen Ländern die gemeinsame Beschulung von Lernenden mit und ohne Förderbe-

darf weiter zugenommen hat, geht dies in den wenigsten von ihnen mit einer substanziell verringerten Anzahl an eigenständigen Förderschulen einher. Der Inklusionsanteil liegt bundesweit bei 44 %, variiert im Ländervergleich aber zwischen 31 und 90 %. Dies hängt auch mit landesspezifischen Rahmenbedingungen für die schulische Inklusion zusammen, die sich etwa mit Blick auf Rechtsanspruch, präventive Maßnahmen, Feststellungsverfahren und Ressourcenzuweisung unterscheiden.

Mit dem neuen Ganztagsförderungsgesetz wurde bundeseinheitlich ein ab 2026 stufenweise in Kraft tretender Rechtsanspruch für Grundschulkinder auf ein ganztägiges Angebot geschaffen. Im Jahr 2021 lag die Inanspruchnahme mit 54 % noch deutlich unter dem sich aus Elternwünschen ergebenden Ganztagsbedarf von 63 %. Aufgrund fehlender belastbarer Befunde zur bestehenden Angebots- und Personallandschaft sowie unklarer Bildungs- und Qualitätserwartungen bleiben dabei viele Fragen der Umsetzung und Angebotsausgestaltung noch offen. Abzuwarten bleibt, inwieweit die im neuen Gesetz verankerte Reform der KJH-Statistik die Datenlage verbessern wird.

Auch mit Blick auf die Folgen der Corona-Pandemie sind angesichts der Datenlage zum jetzigen Zeitpunkt viele Fragen unbeantwortet. Erste Befunde weisen auf einen Rückgang der Leseleistungen von Viertklässler:innen im Jahr 2021 gegenüber 2016 hin, wobei diese bislang nicht zweifelsfrei auf die pandemiebedingt veränderten Lernsituationen zurückzuführen sind. Die eingeschränkten Möglichkeiten des pädagogischen und sozialen Austauschs in Schule und Unterricht dürften einen Abbau sozialer Disparitäten noch zusätzlich erschwert haben; nach eigenen Angaben standen im Frühjahr 2020 nur 38 % der Lehrkräfte mit allen oder fast allen ihrer Schüler:innen regelmäßig im Kontakt. Angesichts unzureichender Ausgangslagen für digital gestützte Lernprozesse zu Beginn der Pandemie, die sich nach Angaben von Lehrkräften auch bis zum 2. Lockdown kaum verbesserten, hat die familiäre Unterstützung beim Lernen erheblich an Bedeutung gewonnen.

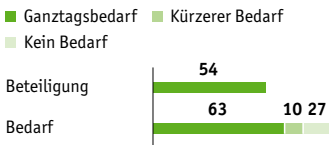
Im Jahr 2020 haben deutlich weniger Jugendliche als in den Vorjahren die Schule ohne mindestens einen Ersten Schulabschluss verlassen: 45.000 bzw. 5,9 % der gleichaltrigen Bevölkerung. Ob dies mit pandemiebedingt vereinfachten Prüfungsmodalitäten oder einem längeren Verbleib der Jugendlichen im Schulwesen zusammenhängt, lässt sich nicht zweifelsfrei bestimmen. Den meisten Abgänger:innen ohne Abschluss gelingt es in späteren Jahren, einen Abschluss nachzuholen, sodass sich die Quote derjenigen ohne Schulabschluss bis zum 20. Lebensjahr deutlich reduziert.

Im Überblick



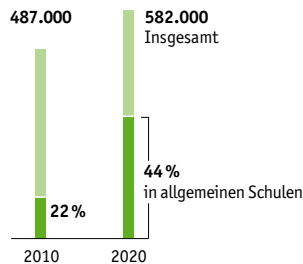
Ganztägiger und kürzerer Bedarf von Grundschulkindern übersteigt aktuelle Beteiligung

Ganztagsbeteiligungsquote (Schuljahr 2020/21) und Bedarfsquoten (2020) (in %)

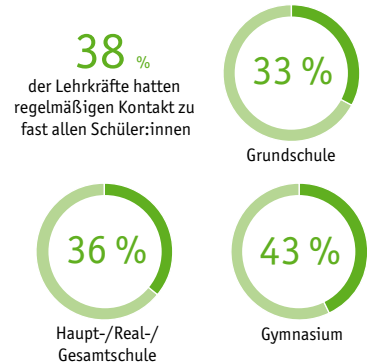


Trotz zunehmend inklusiver Beschulung weiterhin viele Kinder in eigenständigen Förderschulen

Anzahl an sonderpädagogisch geförderten Schüler:innen insgesamt und Inklusionsanteil



Während der Pandemie deutlich eingeschränkte Kontakte zu den Schüler:innen

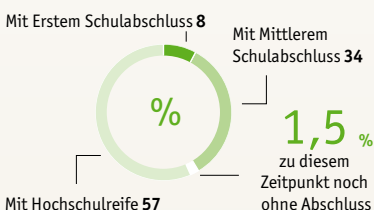


Schulabgänge ohne Abschluss zuletzt rückläufig und viele holen Schulabschlüsse später nach

Abgänge ohne Schulabschluss (in % der gleichaltrigen Bevölkerung)

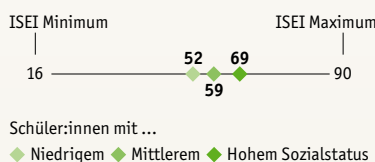


Höchster erreichter Schulabschluss 10 Jahre nach dem Übergang in die Jahrgangsstufe 5 (in %) (Schuljahr 2019/20, ohne Förderschüler:innen)

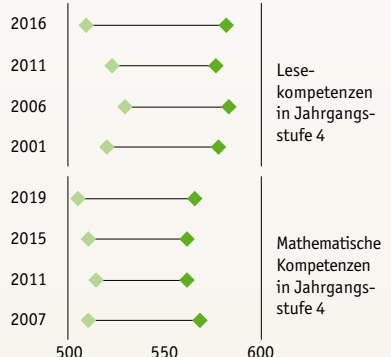


Abbau sozialer Ungleichheiten in den Schullaufbahnen bleibt eine große Herausforderung

Berufserwartungen in Jahrgangsstufe 8 nach sozialem Status der Schüler:innen (Mittelwert in ISEI-Punkten nach Qualifikationsprofil und Einkommen der Berufe)



Kompetenzunterschiede im Lesen und in Mathematik zwischen höchstem und niedrigstem Sozialstatus (EGP-Klassen) in Kompetenzpunkten



Mit weniger als 900.000 Neuzugängen hat die Entwicklung in der beruflichen Ausbildung 2021 einen Tiefpunkt erreicht. Als besonders drastisch erweist sich die Abnahme der Neuzugänge im dualen System, für das zwischen 2019 und 2021 eine deutliche Reduktion der betrieblichen Ausbildungsplätze und in noch stärkerem Maße ein Rückgang der Nachfrage durch Jugendliche zu verzeichnen ist. Diese Verminderung der Ausbildungsplatznachfrage hängt einerseits mit rückläufigen Schulabsolvent:innen, andererseits mit der in den letzten 3 Dekaden stark gestiegenen und auf hohem Niveau verharrenden Studiennachfrage zusammen. Zudem hinterließ auch die Corona-Pandemie in den letzten beiden Jahren deutliche Spuren: Ein Teil der jungen Erwachsenen war und ist verunsichert und verzögert den Übergang in eine Ausbildung; Ausbildungsbetriebe wiederum schränken aufgrund der unsicheren Geschäftslage zumindest vorübergehend ihre Ausbildungsaktivitäten ein.

Trotz einer verbesserten Angebots-Nachfrage-Relation bleibt die Situation auf dem dualen Ausbildungsmarkt angespannt, auch weil es im Zuge der Corona-Pandemie wieder zu einem deutlichen Anstieg von Passungsproblemen gekommen ist. So hat sich das gleichzeitige Auftreten von unversorgten Ausbildungsinteressierten und unbesetzten Ausbildungsplätzen zwischen 2019 und 2021 von 9 auf 12 % erhöht. Deutlich zugenommen haben die berufsfachlichen Passungsprobleme (von 33 auf 39 %), das heißt, das Berufsangebot stimmt seltener mit dem Berufsinteresse der Bewerber:innen überein. Die bedeutsamste Problemlage ist mit 41 % jedoch, dass die Ausbildungsvoraussetzungen der Bewerber:innen und die Anforderungen der Betriebe oder die Erwartungen der Ausbildungsnachfragenden an die Ausbildungsbetriebe und die vorgefundenen Gegebenheiten nicht zusammenpassen.

Probleme der Fachkräftesicherung betreffen auch die Ausbildungen im Schulberufssystem, das inzwischen vor allem Personen in Gesundheits-, Erziehungs- und Sozialberufen qualifiziert (85 %). Die größte Zunahme seit 2012 verzeichnen Erziehungsberufe (+16 %), gefolgt von Berufen des Gesundheitswesens (+14 %). Allerdings bleibt dieser Anstieg immer noch weit hinter der fortbestehenden Fachkräftenachfrage in diesen Bereichen zurück.

Auch den Ausbildungsverlauf gilt es genauer im Blick zu behalten: Junge Erwachsene mit maximal Erstem Schulabschluss sowie mit Migrationshintergrund, die bereits bei der Einmündung in eine vollqualifizierende Ausbildung mehrheitlich Schwierigkeiten aufweisen, brechen zudem häufiger eine erste Ausbildung ab. Dies zeigt sich

auch bei Kontrolle herkunfts- oder schulleistungsbezogener Merkmale. Zwar führt eine abgebrochene Ausbildung mehrheitlich zu einer beruflichen Neuorientierung – 64 % fangen eine neue Ausbildung an, beginnen ein Studium oder gehen wieder zur Schule –, für 36 % der Betroffenen zeichnen sich dagegen nach dem Abbruch der Ausbildung brüchige Bildungs- und Erwerbsverläufe ab.

Herausforderungen stellen sich Ausbildungsabsolvent:innen auch beim Übergang in den Arbeitsmarkt. Zwar nimmt die Mehrheit nach dem Abschluss eine Erwerbstätigkeit auf, allerdings sind die Beschäftigungsquoten im 1. Jahr der Corona-Pandemie leicht zurückgegangen, u. a. bedingt durch die gesunkene Übernahmequote bei dual ausgebildeten Jugendlichen zwischen 2019 und 2020. Überdurchschnittlich betroffen sind Auszubildende in Kleinst- und Kleinbetrieben wie auch in Wirtschaftszweigen, die negativ von der Pandemie betroffen waren.

Die beschriebenen Dynamiken von fehlenden Fachkräften, rückläufigen dualen Ausbildungsplätzen, steigenden Passungsproblemen sowie anhaltenden schwierigen Ausbildungszugängen und höheren Abbruchquoten bei bestimmten sozialen Gruppen, aber auch die gestiegenen Unsicherheiten beim Berufseinstieg signalisieren Herausforderungen im Ausbildungssystem, die zwar schon länger bestehen, aber gerade in Krisenzeiten besonders deutlich werden und stärkere Attraktivitätseinbußen zur Folge haben können.

Neben der Verbesserung des Ausbildungsangebots verweisen Passungsprobleme, Ungleichheiten beim Ausbildungszugang sowie Ausbildungsabbrüche darauf, dass in der Schule und im Übergangssektor Themen der Berufsorientierung und die Förderung von Berufswahlkompetenz sowie von grundlegenden Ausbildungsvoraussetzungen effektiver zu gestalten sind. Individualisierte Stütz- und Förderangebote können bei lern- und leistungsschwächeren jungen Menschen ausbildungsstabilisierend wirken und Abbrüchen entgegenarbeiten. Es ist jedoch auch im Blick zu behalten, dass ein Teil der Berufe durch technologische Entwicklungen voraussetzungsvoller wird. Daher bleibt es nach wie vor eine Herausforderung, die berufliche Bildung auch für Menschen mit (Fach-)Hochschulreife attraktiv zu gestalten.

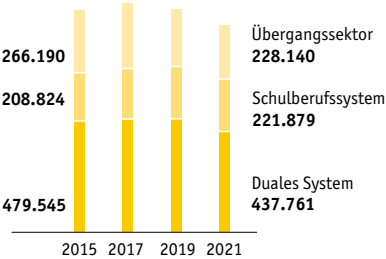
Nicht zuletzt steigen mit zunehmender Digitalisierung, aber auch mit den Ansprüchen an eine bessere Förderung und an die Integration zugewanderter junger Menschen die Anforderungen an die fachlichen Kompetenzen des berufsschulischen und betrieblichen Bildungspersonals.

Im Überblick



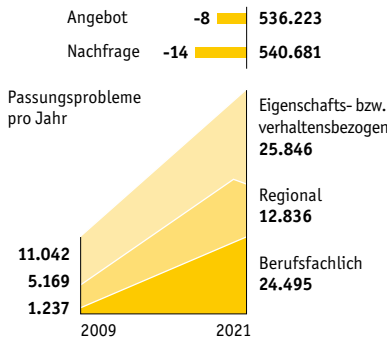
Rückläufige Anfänger:innenzahlen, insbesondere im dualen System

Anzahl an Anfänger:innen nach Sektoren der Berufsausbildung



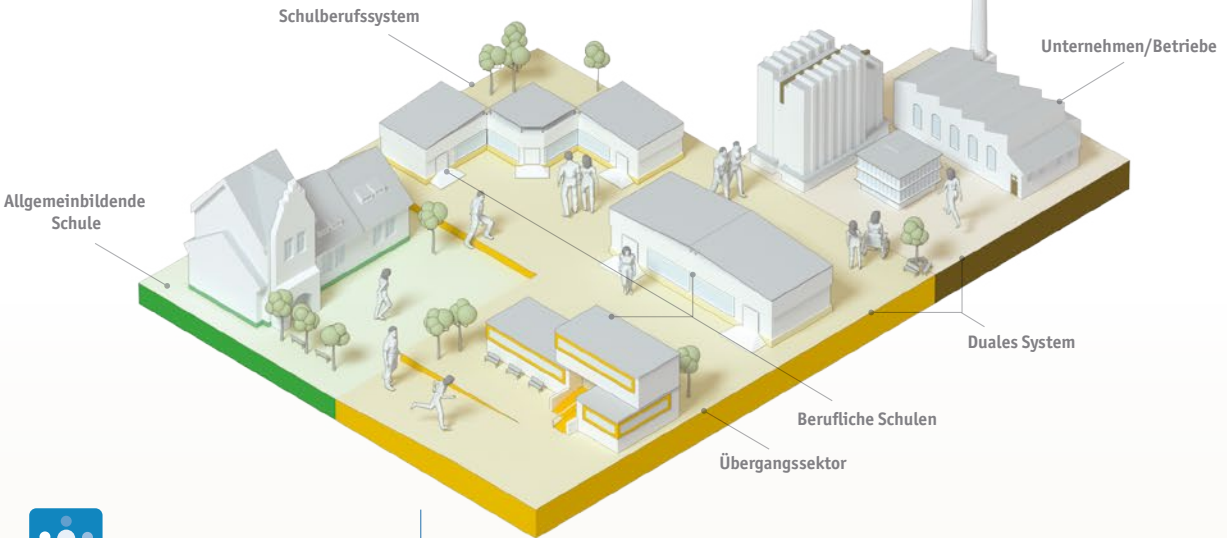
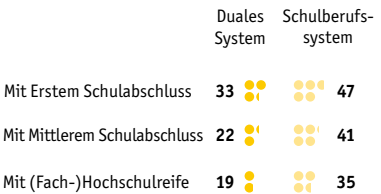
Deutliche Abnahme von Angebot und Nachfrage nach dualen Ausbildungsplätzen bei steigenden Passungsproblemen

Veränderung gegenüber 2009 (in %) Insgesamt 2021



Anhaltende Ungleichheiten im Aus-bildungsverlauf nach Schulabschluss

Wahrscheinlichkeit von Jugendlichen einen Ausbildungsabbruch zu erleben nach Ausbildungsart und Schulabschluss (in %)



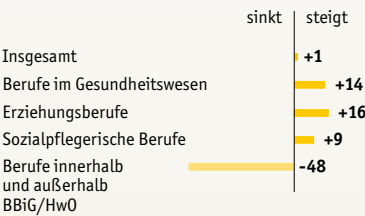
Mehrheit von Ausbildungsabbrecher:innen mit beruflicher Neuorientierung, häufig aber auch problematische Verläufe

Verteilung der Jugendlichen auf verschiedene Verlaufstypen nach Abbruch der ersten Ausbildung (in %)

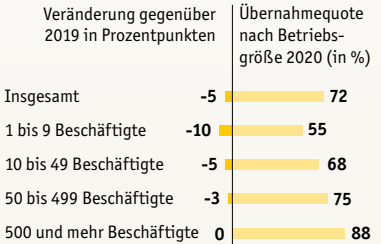


Steigende Anteile der Ausbildungen im Gesundheits-, Erziehungs- und Sozialwesen

Veränderung der Schüler:innenzahl im 1. Schuljahr des Schulberufssystems nach Berufsgruppen 2012 bis 2020 (in %)



Gesunkene Übernahmequote erschwert Arbeitsmarkteinstieg dualer Ausbildungsabsolvent:innen



Der über viele Jahrzehnte beobachtbare Trend einer stetig wachsenden Teilhabe an hochschulischer Bildung ist vorerst zum Stillstand gekommen. Insbesondere ab Mitte der 2000er-Jahre vollzog sich der Akademisierungsprozess in Deutschland noch mit einer besonders hohen Dynamik, und inzwischen nimmt fast die Hälfte der jungen Erwachsenen aus Deutschland ein Hochschulstudium auf. Offenbar wurde jedoch ein Sättigungsniveau erreicht. Aktuelle Prognosen gehen davon aus, dass sich die Studiennachfrage in den kommenden Jahren nicht weiter erhöhen wird. Anzeichen für eine strukturelle Überakademisierung, als Folge der gewachsenen Beteiligung an hochschulischer Bildung, zeigen sich am deutschen Arbeitsmarkt bisher nicht. Hochschulabsolvent:innen gehen zuallermeist beruflichen Tätigkeiten nach, die ihrem Bildungsniveau entsprechen. Dies gilt sowohl für Bachelor- als auch für Masterabsolvent:innen. Der Bachelorabschluss konnte sich an Universitäten bislang jedoch nicht als für den Arbeitsmarkt qualifizierender Regelabschluss durchsetzen. Die meisten Bachelorabsolvent:innen von Universitäten schließen ein Masterstudium an. An Fachhochschulen sieht dies anders aus. Dort hat sich der Bachelorabschluss als Regelabschluss für den Eintritt in den Arbeitsmarkt etablieren können.

Herkunftsspezifische Disparitäten haben den Prozess der wachsenden Akademisierung überdauert. Die möglichen Ursachen dieser anhaltenden Herkunftsunterschiede wurden im diesjährigen Bildungsbericht im Rahmen einer sogenannten Dekompositionsanalyse näher beleuchtet. Dabei zeigt sich: Den sozialen Herkunftsdisparitäten liegen neben Unterschieden in den Schulleistungen und Bildungsverläufen auch unterschiedliche soziale Erwartungen und Perspektiven auf ein Studium zugrunde. Es gibt somit eine Vielzahl von Ansatzpunkten für bildungspolitische Bemühungen, die das Ziel verfolgen, herkunftsspezifische Ungleichheiten am Übergang ins Studium abzubauen.

Vor dem Hintergrund der schrittweise geplanten, grundlegenden Reform des BAföG scheint hierbei besonders erwähnenswert, dass sich in der Dekompositionsanalyse 15 % der sozial ungleichen Studierneigung von Studienberechtigten aus Akademiker- und Nichtakademikerfamilien in der Tat auf die wahrgenommenen finanziellen Kosten eines Studiums zurückführen lassen. Es gibt jedoch wichtige weitere Faktoren, die den nach wie vor bestehenden sozialen Disparitäten am Übergang ins Studium zugrunde liegen und auf die sich bildungspolitisch einwirken ließe: So spielen auch die unterschiedliche Beurteilung der Erträge und Erfolgswahrscheinlichkeiten eines Studiums und die Bil-

dungspräferenzen der Eltern für ihr Kind eine entscheidende Rolle. Ein wichtiger Ansatzpunkt für die geplante Reform des BAföG könnte zudem der bereits seit mehreren Jahren gut dokumentierte Befund vielfach überschrittener Regelstudienzeiten sein. Dass Studierende ihr Studium innerhalb der Regelstudienzeit abschließen, ist eher die Ausnahme als die Regel, sodass die derzeitigen Regelungen die Studienrealität der meisten Studierenden nicht abbilden.

Das hochschulische Bildungsangebot ist heute sehr vielfältig und eröffnet Studieninteressierten eine Vielzahl unterschiedlichster Optionen. Zwar wird die hochschulische Bildung weiter vor allem von jungen Erwachsenen zur beruflichen Erstqualifizierung genutzt; inzwischen wird aber auch die weiterbildende Funktion hochschulischer Bildung immer stärker in Anspruch genommen. Mit einem hochspezialisierten Bildungsangebot richten sich insbesondere private Hochschulen – als noch relativ neue Akteure in der deutschen Hochschullandschaft – häufig sehr gezielt an beruflich qualifizierte und berufstätige Studieninteressierte. Vor allem im Fachhochschulsektor spielen private Hochschulen inzwischen eine wichtige Rolle. Dort entscheiden sich 28 % der Studienanfänger:innen für eine private Hochschule. Eine große Bedeutung haben private Hochschulen zudem bei der Akademisierung bestimmter Berufsfelder, etwa der nichtärztlichen Gesundheitsberufe.

Wie alle Bildungsbereiche hat die Corona-Pandemie auch die Hochschulbildung vor große Herausforderungen gestellt. Vor Ausbruch der Pandemie dominierte an deutschen Hochschulen die Präsenzlehre. Dies hat sich mit Beginn des Sommersemesters 2020 auf einen Schlag geändert. Durch die sehr kurzfristige Umstellung auf digitale Lehr-Lern-Formate haben Hochschulen ihr Bildungsangebot in der Pandemie relativ nahtlos aufrechterhalten können. Viele Studierende haben allerdings den persönlichen Kontakt zu Kommiliton:innen und Lehrenden vermisst. Hochschulleitungen, Lehrende und Studierende stehen jetzt vor der Frage, wie die Erfahrungen aus der Pandemie für die Zukunft des Lernens und Lehrens an deutschen Hochschulen nutzbar gemacht werden können.

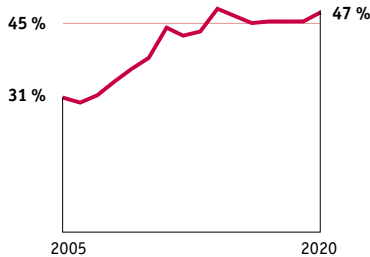
Die Corona-Pandemie hatte jedoch nicht nur Auswirkungen auf die Form des Lehrens und Lernens an Hochschulen. Für einige Studierende hat die Pandemie auch die Studienfinanzierung deutlich erschwert. Auf mögliche pandemiebedingte Studienverzögerungen wurde bildungspolitisch mit einer Verlängerung der individuellen Regelstudienzeiten reagiert.

Im Überblick



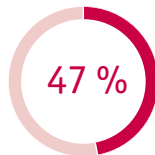
Akademisierung schreitet vorerst nicht weiter voran: Konsolidierung der inländischen Studiennachfrage auf einem hohen Niveau

Entwicklung der inländischen Studienanfänger:innenquote

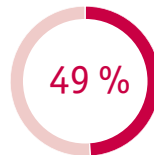


Bei der Ausbildung der akademisch qualifizierten Fachkräfte von heute und morgen ziehen Fachhochschulen (fast) gleich mit Universitäten

Anteil von Studienanfänger:innen an Fachhochschulen (2021)

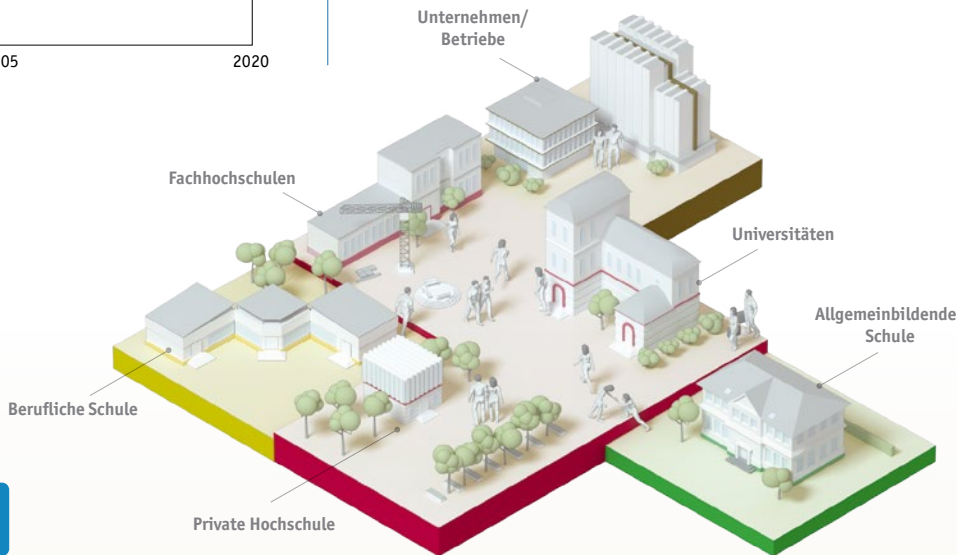
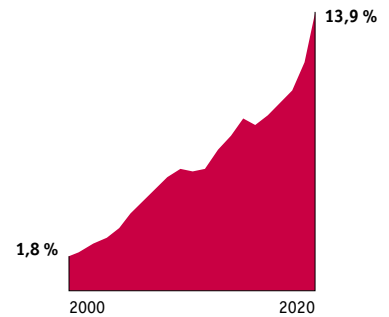


Anteil von Absolvent:innen an Fachhochschulen (2020)



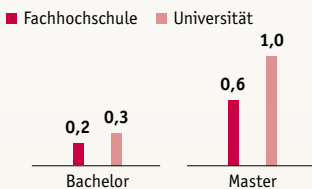
Private Hochschulen gewinnen weiter an Bedeutung

Anteil von Studienanfänger:innen, die sich für eine private Hochschule entscheiden



Trend länger werdender Studienzeiten hält an – Regelstudienzeiten werden meist überschritten, teilweise deutlich

Semester, um die sich die Gesamtstudiendauer (im Median) zwischen 2016 und 2020 erhöht hat



Studierende, die ...

... ihr Studium in der Regelstudienzeit abschließen

32,8 %

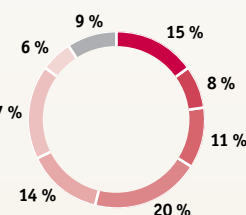
... die Regelstudienzeit um mehr als 2 Semester überschreiten

23,7 %



Vielzahl von Faktoren verantwortlich für herkunftsspezifische Disparitäten am Übergang ins Studium

Studienberechtigte aus Nichtakademikerfamilien studieren seltener: Erklärungsbeitrag verschiedener Einflussfaktoren (Dekompositionsanalyse)



Erklärter Anteil aufgrund von herkunftsspezifischen Unterschieden in ...

- ... Schulabschlussnoten
- ... bildungsbiografischen Merkmalen
- ... wahrgenommenen Erträgen eines Studiums
- ... wahrgenommenen Kosten* eines Studiums
- ... antizipierter Studiererfolgswahrscheinlichkeit
- ... elterlichem Studienwunsch fürs Kind
- ... Studienaspirationen der Freund:innen
- Unerklärter Rest der Modellschätzung

* Finanzielle Kosten: 15 %, soziale Kosten: 1,5 %, räumliche Kosten: 3,5 %

Für die Entwicklung der Weiterbildung in den vergangenen beiden Jahren sind 3 Faktoren von besonderer Bedeutung: die Folgen der Corona-Pandemie, die dadurch vorangetriebene Nutzung digitaler Lern- und Bildungsmedien sowie veränderte politische Rahmenbedingungen.

Weiterbildung hat in den vergangenen Jahren und verstärkt durch die Pandemie wieder eine größere bildungs- und arbeitsmarktpolitische Aufmerksamkeit gefunden. Das zeigt sich u. a. an der Verabschiedung des Qualifizierungschancengesetzes 2019, an der vertieften Kooperation von Bund, Ländern und anderen Akteuren im Rahmen der Nationalen Weiterbildungsstrategie und zuletzt an den ambitionierten Zielsetzungen des Koalitionsvertrages der neuen Bundesregierung. Insgesamt werden damit drängende Herausforderungen adressiert, die sich aus dem Strukturwandel des Arbeitsmarktes und der fortschreitenden Digitalisierung ergeben. Wie sich die veränderten politischen und gesetzlichen Rahmenbedingungen auf Struktur, Angebot, Beteiligung und Qualität von Weiterbildung auswirken, sollte in den kommenden Jahren aufmerksam evaluiert werden.

Die Corona-Pandemie hat das Weiterbildungsangebot – zumindest zeitweise – deutlich eingeschränkt. Insbesondere Volkshochschulen, die aufgrund ihrer Angebotsschwerpunkte und der Präferenzen ihrer Adressat:innen verstärkt auf Präsenzveranstaltungen setzen, konnten nur einen geringen Teil ihrer geplanten Veranstaltungen umsetzen. Einbrüche zeigten sich zudem bei Integrationskursen, die in der Erwartung, damit am besten die didaktische Qualität sicherstellen zu können, primär in Präsenz durchgeführt wurden. Zugleich aber boten sich durch Homeoffice-Regelungen neue Möglichkeiten für die Teilnahme an Weiterbildung, und neue berufsbezogene Bildungsbedarfe wurden erzeugt. Die Teilnahme an Weiterbildung verblieb mit einer Quote von 57 % der 18- bis 69-Jährigen insgesamt auf einem hohen Niveau. Durch die verschiedenen Lockdown-Phasen war die Bevölkerung noch stärker als ehemals gefordert, auch selbstorganisiert zu lernen. Insgesamt haben 69 % der 18- bis 69-Jährigen informell gelernt, die bislang höchste verzeichnete Quote. Eine stetige Herausforderung bleiben jedoch fortbestehende soziale Unterschiede im Bildungs- und Lernverhalten der Bevölkerung im Erwachsenenalter.

Weiterhin wird der größte Teil der Weiterbildungsteilnahmen im betrieblichen Kontext realisiert. Aufgrund der unsicheren Geschäftslage sowie der Einschränkungen für Präsenzlernen haben jedoch auch viele Betriebe ihr Weiterbildungsangebot zu Beginn der Corona-Pan-

demie deutlich eingeschränkt: Statt 55 % (2019) waren im 1. Halbjahr 2020 nur noch 34 % der Betriebe weiterbildungsaktiv. Es ist zu erwarten, dass die Betriebe ihr Weiterbildungsengagement bei verbesserter Geschäftslage wieder ausbauen werden.

Deutlich erkennbar sind Veränderungen in den Weiterbildungsformaten: Das Angebot wird digitaler und die (Erwerbs-)Bevölkerung nutzt sowohl organisierte als auch informelle Onlinelernmöglichkeiten häufiger. Rund jede 4. besuchte Weiterbildungsveranstaltung (24 %) wurde 2020 überwiegend oder vollständig online durchgeführt. Nicht allen Anbietern gelingt es allerdings gleichermaßen, Angebote zu digitalisieren. Dies hängt mit einer (noch) unzureichenden digitalen Infrastruktur sowie mit fehlenden Medienkompetenzen der Lehrenden und Teilnehmenden zusammen, aber auch damit, dass sich bestimmte Angebote nur schwer kurzfristig und didaktisch sinnvoll online umsetzen lassen. Abzuwarten bleibt, ob sich die Struktur der Anbieterlandschaft im Zuge der Digitalisierung in den nächsten Jahren wandeln wird.

Angebote vor Ort bleiben mittelfristig unverzichtbar, um den Zugang zu bedarfsgerechter Weiterbildung im gesamten Bundesgebiet zu garantieren. Darauf machen Befunde zur Beteiligung an Onlinelernaktivitäten aufmerksam, die deutliche Stadt-Land-Disparitäten offenbaren. Auch wenn in Deutschland neben Betrieben flächendeckend staatliche, gemeinschaftliche und kommerzielle Weiterbildungsanbieter aktiv sind, bestehen zwischen den Regionen starke Unterschiede in der Anbieter- und Angebotsdichte. Auffällig ist z. B. das geringere Weiterbildungsangebot von Volkshochschulen in Ostdeutschland.

Im beruflichen Kontext ist Weiterbildung weiterhin von zentraler Bedeutung; und vermutlich wird ihr Stellenwert aufgrund des Strukturwandels des Arbeitsmarktes weiter steigen. In den Sozialgesetzbüchern II und III verankerte arbeitsmarktpolitische Maßnahmen spielen für die Sicherung der Beschäftigungsfähigkeit weiterhin eine große Rolle, auch wenn die Quoten der Eingliederung in den Arbeitsmarkt nach Abschluss der Maßnahmen aufgrund der Corona-Pandemie zeitweise etwas zurückgegangen sind.

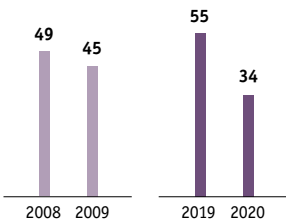
Integrationskurse sind für die Integration von Geflüchteten und Migrant:innen von fundamentaler Bedeutung. Allerdings sind die Bestehensquoten in den Sprachkursen aufgrund einer veränderten Zusammensetzung der Teilnehmenden in den letzten Jahren tendenziell etwas rückläufig. Forschungsbedarf besteht zu den mittel- bis langfristigen Wirkungen von Integrationskursen.

Im Überblick



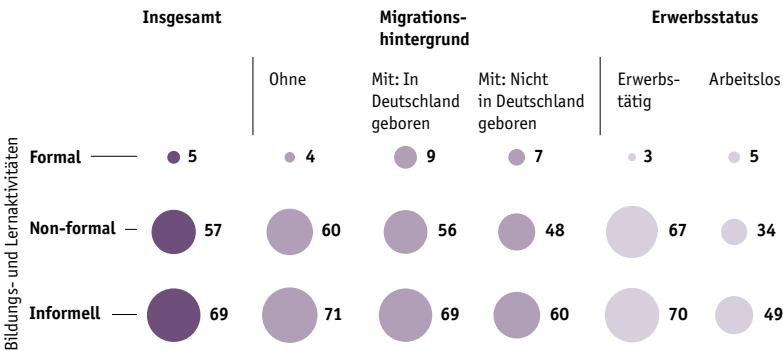
Anteil weiterbildungsaktiver Betriebe zu Beginn der Corona-Pandemie rückläufig wie in der Finanzkrise

Anteil der Betriebe, die im 1. Halbjahr Weiterbildung gefördert haben (in %)



Hohe Weiterbildungsbeteiligung bei großen sozialen Unterschieden

Gruppenspezifische Teilnahmequoten 2020 (in %)



Betriebliche Anbieter

Staatliche Anbieter
(z. B. Hochschulen,
Volkshochschulen)

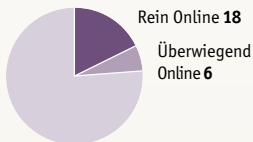
Gemeinschaftliche Anbieter
(z. B. Kammern, Vereine)

Kommerzielle Anbieter
(z. B. Führungskräfte-
training, Sprachinstitute)

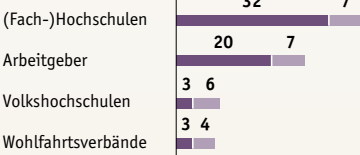


Digitale Angebote selbstverständlich, aber je nach Anbieter von unterschiedlicher Relevanz

Anteil digitaler Veranstaltungen am gesamten Angebot (in %)

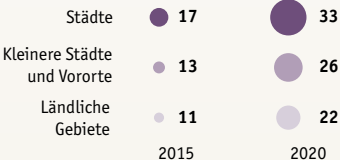


Nach Anbieter (in %)



Anstiege im Online-Lernen bei prägnanten Stadt-Land-Unterschieden

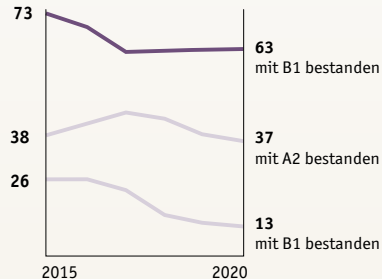
Anteil der Erwerbsbevölkerung, die das Internet für Lern-tätigkeiten nutzt (in %)



Tendenziell rückläufige Bestehensquoten in Integrationskursen

Bestehensquoten nach Kursart und Sprachniveau (in %)

■ Allgemeiner Integrationskurs
■ Alphabetisierungskurs



Das Bildungspersonal, das für die Gestaltung gelingender Bildungsprozesse eine Schlüsselrolle einnimmt, rückte im letzten Jahrzehnt immer stärker in den Fokus des Interesses. Um Lernende in ihren Bildungsprozessen zu unterstützen und zu begleiten, wirken in allen Bildungsbereichen sehr verschiedene Berufsgruppen und Qualifikationsprofile zusammen. Damit verbunden ist in der Regel ein sehr breites Aufgabenspektrum, das von der Betreuung über die Wissensvermittlung, die Leistungsbeurteilung bis hin zur Beratung reichen kann. Charakteristisch für das Bildungspersonal ist vor allem der nahezu durchgehend hohe Frauenanteil, der mit der Expansion des Bildungspersonals im letzten Jahrzehnt noch weiter zugenommen hat.

Die Anzahl des Personals in der Frühen Bildung, in allgemeinbildenden Schulen und Hochschulen sowie in Teilen des Weiterbildungsbereichs hat sich seit 2010 teils merklich erhöht. Allein Kindertageseinrichtungen verzeichneten einen Personalzuwachs von 75 %, die Hochschulen von 25 %. Dabei folgte die zahlenmäßige Entwicklung des Bildungspersonals überwiegend den Teilnehmendenzahlen, also Veränderungen der Bildungsbeteiligung in den einzelnen Bereichen. Insgesamt zeigen sich daher trotz des größeren Personalbestands lediglich geringfügige qualitative Verbesserungen in den Betreuungsrelationen.

Die Qualifizierungsstandards beim Zugang in die vielfältigen pädagogischen Berufe sind sehr heterogen. Das Spektrum reicht von niedrigschwelligen Belegen von Fachexpertise ohne pädagogische Qualifikation (etwa bei Lehrbeauftragten an Hochschulen) über berufliche Bildungsabschlüsse (z. B. bei betrieblichen Ausbilder:innen) bis zu einem obligatorischen Hochschulstudium (etwa für Lehrkräfte an Schulen). Im Unterschied zu der stark formalisierten Lehramtsausbildung sind beim Personal in Ausbildungsbetrieben, Hochschulen und in der Weiterbildung Fachwissen und Berufserfahrung die Basis für die pädagogische Tätigkeit, die durch eine – nur teilweise verpflichtende – Teilnahme an pädagogischer Qualifizierung ergänzt werden. Hinzu kommen auch innerhalb der Bildungsbereiche verschiedene Qualifikationsprofile. Die Zugangswege zur Frühen Bildung reichen etwa von einer berufsfachschulischen Ausbildung zur Kinderpfleger:in über die fachschulische Ausbildung zur Erzieher:in bis hin zu Hochschulabschlüssen der Kindheitspädagogik.

Für die einschlägigen Qualifizierungswege des Bildungspersonals bieten inzwischen Kompetenzraster oder entsprechende Referenzrahmen in allen Bildungsbereichen eine Orientierung. Inwieweit allerdings die alltäg-

liche Praxis in der beruflichen Ausbildung oder in Studiengängen tatsächlich kompetenzorientiert ausgerichtet ist, lässt sich derzeit nicht beurteilen. Dafür fehlt es in allen Bildungsbereichen auch an empirischen Erkenntnissen über die vorhandenen professionellen Kompetenzen des Personals. Dies wäre nicht zuletzt dafür hilfreich, Bedarfe der Weiterqualifizierung systematischer erschließen zu können.

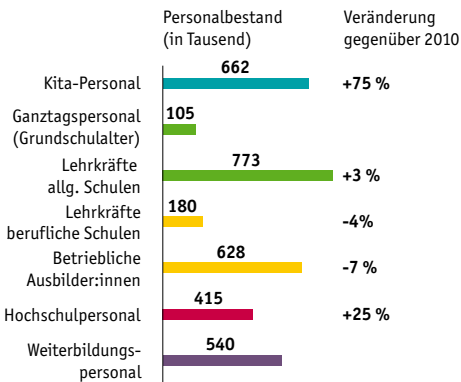
Die Fortbildung des pädagogischen Personals ist zwar in den jeweiligen Ländern und Bildungsbereichen gesetzlich verankert, bundesweit besteht jedoch keine einheitliche Verpflichtung zur Weiterqualifizierung. Die einzelnen rechtlichen Bestimmungen reichen von einer Nachweispflicht zur Fortbildungsteilnahme für Lehrkräfte im Schulwesen mancher Länder bis hin zum bloßen Vorhalten von Fortbildungsangeboten seitens der (öffentlichen) Träger in der Frühen Bildung, in Hochschulen sowie öffentlich geförderten Einrichtungen der Weiterbildung. Somit ist die stetige Fortbildungsteilnahme in vielen Fällen abhängig von Erwartungen der einzelnen Träger und Einrichtungen oder Privatsache. Bereichsübergreifende, vergleichende Daten deuten auf eine große Streuung der beruflichen Fortbildungsquoten hin: Am häufigsten gibt das Personal an weiterführenden Schulen an, sich beruflich weiterzubilden (43 %), gefolgt von Beschäftigten an Berufs- (41 %) und Grundschulen (38 %). Mit 33 % liegt die Fortbildungsquote des pädagogischen Personals insgesamt aber über der aller Erwerbstätigen (17 %). Mit Blick auf die Steuerung von Angeboten und deren Inanspruchnahme mangelt es gleichwohl an einer systematischen Bedarfserschließung.

Dabei nehmen die Bedarfe an qualifiziertem Bildungspersonal weiter zu: Besonders groß ist der Bedarf an zusätzlichem Personal in der Frühen Bildung, wo bis 2025 (vor allem in westdeutschen Ländern) bis zu 72.500 Fachkräfte fehlen könnten. In den Schulen belaufen sich offizielle Bedarfsschätzungen auf insgesamt gut 30.000 fehlende Lehrkräfte bis 2030. Mit dem Rechtsanspruch auf ein Ganztagsangebot im Grundschulbereich wird bis 2030 ebenfalls mit großem Zusatzbedarf von bis zu 65.600 Fachkräften gerechnet. Angesichts der Veränderungen im Bildungswesen muss aber nicht nur quantitativen, sondern auch qualitativen Personalbedarfen begegnet werden, z. B. Qualifizierungsbedarfen im Bereich Inklusion und Digitalisierung. Personalgewinnung und Personalqualifizierung bleiben damit in den kommenden Jahren eine vordringliche Aufgabe für die Sicherung qualitativ hochwertiger Bildungsangebote.

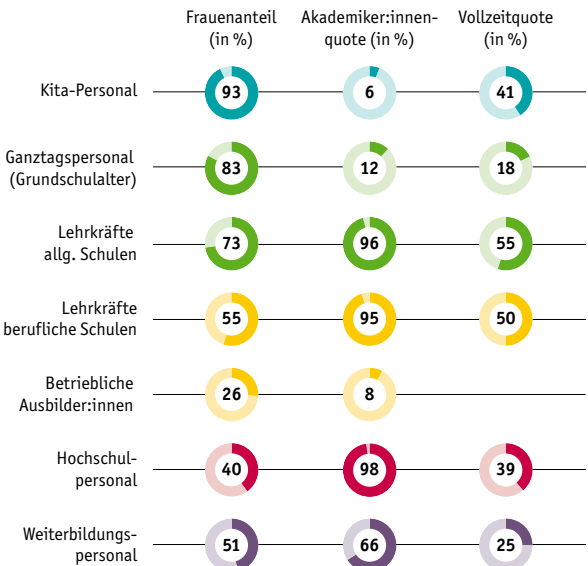
Im Überblick



Expansion des Personalbestands im letzten Jahrzehnt ...



... bei großer Heterogenität der Zusammensetzung und Beschäftigungsbedingungen



Vielfältige pädagogische Berufe mit unterschiedlich stark reglementierten Zugangswegen



Fortbildung von großer Bedeutung, jedoch kaum rechtliche Vorgaben

Teilnahmequoten an beruflicher Fortbildung im Jahr 2019 (in %)

- 32 Kita-Personal
- 21 Ganztagspersonal (Grundschulalter)
- 38 Grundschullehrkräfte
- 43 Sekundarschullehrkräfte
- 41 Berufsschullehrkräfte
- 35 Betriebliche Ausbilder:innen
- 22 Hochschulpersonal
- 25 Weiterbildungspersonal



Personalengpässe verschärfen sich in einigen Bereichen

Bis zu **72.500** fehlende Fachkräfte in Kitas bis 2025

Bis zu **65.600** Fachkräfte für zusätzlich benötigte Plätze im Ganzttag (Grundschulalter) bis 2029/30

Mindestens **17.300** fehlende Lehrkräfte an allgemeinbildenden Schulen bis 2030

Mindestens **13.200** fehlende Lehrkräfte an beruflichen Schulen bis 2030

Möglichkeiten zum Kompetenzerwerb, die Kompetenzentwicklung sowie damit zusammenhängende monetäre und nichtmonetäre Erträge stehen mit Bildungsverläufen und -übergängen in einer wechselseitigen Beziehung. Insgesamt zeigt sich eine zunehmende Heterogenität von Bildungsverläufen. Öffnungen bei Übergängen im Bildungssystem führten u. a. dazu, dass jüngere Geburtskohorten höhere Bildungsabschlüsse erlangten als ältere. Dieser positive Trend zeigt sich insbesondere für Frauen. Zugleich besteht nach wie vor eine ausgeprägte Abhängigkeit der Bildungsverläufe sowie der Übergänge in weiterführende Bildungsphasen oder in Erwerbsphasen von der sozialen Herkunft oder dem Migrationshintergrund. So finden sich Bildungsverläufe mit nichtgymnasialen Schulbesuchen und einem anschließenden längeren Verbleib außerhalb des Bildungssystems oder in der Erwerbslosigkeit besonders häufig bei Menschen mit Migrationshintergrund.

Beim Kompetenzniveau und der Kompetenzentwicklung sind vom Kindes- bis ins junge Erwachsenenalter soziale Ungleichheiten festzustellen. Vom Kindergarten bis zum Ende der Grundschulzeit erzielen Kinder aus Familien mit hohem sozioökonomischen Status im mathematischen und sprachlichen Kompetenzbereich höhere Zuwächse als Kinder aus Familien mit geringerem sozioökonomischen Status. Diese Unterschiede in der Kompetenzentwicklung kann das Schul- bzw. Bildungssystem nicht ausgleichen, wenngleich die Schere nicht weiter auseinandergeht: So nehmen im Verlauf von der Grundschule bis zum jungen Erwachsenenalter die mathematischen Kompetenzen zwar deutlich zu. Mädchen, Schüler:innen mit Migrationshintergrund und Schüler:innen aus Familien mit niedrigem sozioökonomischen Status verfügen jedoch am Ende der 12. Jahrgangsstufe bzw. im jungen Erwachsenenalter weiterhin über geringere Mathematikkompetenzen als Jungen, Schüler:innen ohne Migrationshintergrund bzw. Schüler:innen aus Familien mit mittlerem und hohem sozioökonomischen Status.

Ob und inwieweit die Corona-Pandemie aufgrund von Wechsel- und Distanzunterricht langfristig negative Folgen für die Kompetenzentwicklung einzelner Gruppen haben wird, kann derzeit noch nicht abgeschätzt werden. Erste Befunde deuten darauf hin, dass Jungen, leistungsschwache Schüler:innen, Schüler:innen mit Migrationshintergrund sowie Schüler:innen aus Familien mit geringem sozioökonomischen Status besonders von Leistungseinbußen betroffen sind.

In Berufen mit hohem Anteil an mathematischen, informationstechnischen, naturwissenschaftlichen und technischen Inhalten und Anforderungen (MINT) zeigen sich zu erwartende Zusammenhänge zwischen Mathematikkompetenzen und dem Erwerbseintritt in einen MINT-Beruf. Hinsichtlich der Erwerbsbeteiligung zeigt sich, dass Personen mit formal niedrigen Bildungsabschlüssen im Jahr 2018 häufiger erwerbstätig waren als noch 2014. Unterschiede in der Entlohnung zwischen akademischen Bildungsabschlüssen und solchen mit Berufsausbildung nehmen sowohl bei Frauen als auch bei Männern zu. Zudem profitieren Frauen von einem Fachhochschulabschluss finanziell weniger stark als Frauen von einem Universitätsabschluss. Mit Blick auf die Sicherung gleicher Lebensverhältnisse, auf Chancengleichheit, Teilhabe und soziale Gerechtigkeit wird hier ein besonderer Handlungsbedarf offenkundig.

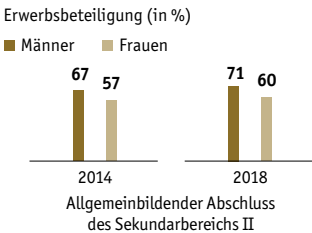
Das Erreichen höherer Bildungsabschlüsse bzw. der Zugewinn an Kompetenzen ist nicht nur angesichts guter Aussichten auf eine erfolgreiche Erwerbsbeteiligung positiv zu sehen. Bildungsabschlüsse und Kompetenzen im Schul- und Erwachsenenalter erweisen sich auch hinsichtlich nichtmonetärer Aspekte als ertragreich. So sind Schüler:innen mit besseren schulischen Leistungen mit ihrem Leben tendenziell zufriedener als Schüler:innen mit schlechteren schulischen Leistungen, wenn auch mit Unterschieden zwischen den besuchten Schularten. Auch Erwachsene mit höheren Lesekompetenzen schätzen ihre Lebenszufriedenheit höher ein als Erwachsene mit geringeren Lesekompetenzen. Bildungsteilhabe und die Verfügung über hohe Kompetenzen sind damit für die Erwerbschancen als auch für das individuelle Wohlbefinden und die gesellschaftliche Teilhabe bedeutsam.

Die noch anhaltende Corona-Pandemie und das durch den Krieg in der Ukraine fluchtbedingte Zuwanderungsaufkommen stellen das Bildungssystem aktuell vor Herausforderungen. Vor allem in Anbetracht der Herausforderungen vermehrter Zuwanderung zeigt sich die Bedeutung einer sich auch über spätere Phasen im Lebensverlauf erstreckenden Bildungsteilhabe. Möglichkeiten zum Fortsetzen von Bildungsbiografien und Nachholen von Bildungsabschlüssen können die Arbeitsmarktintegration verbessern und darüber hinaus positive Auswirkungen auf Individuum und Gesellschaft haben.

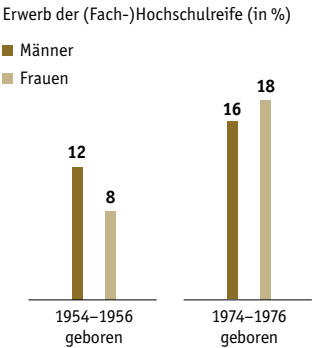
Im Überblick



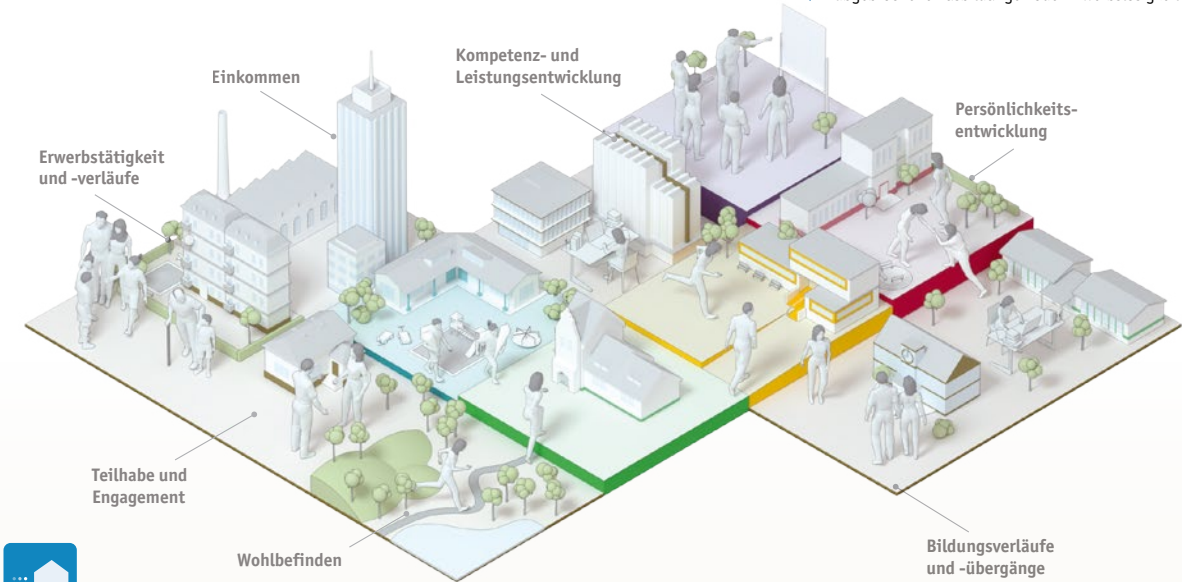
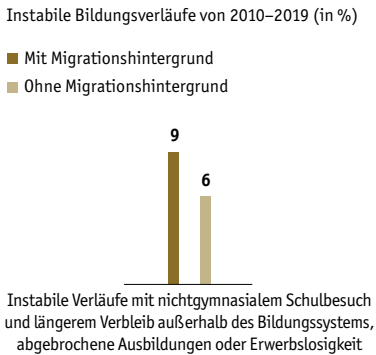
Anstieg der Erwerbsbeteiligung von Personen mit niedrigem Bildungsabschluss



Frauen haben beim Erwerb der (Fach-)Hochschulreife aufgeholt

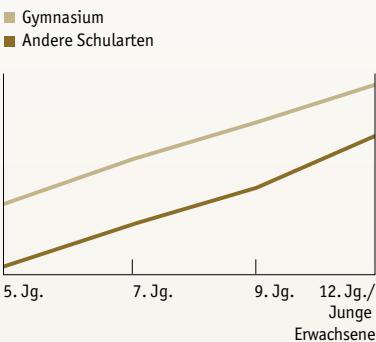


Instabile Bildungsverläufe häufiger bei Schüler:innen mit Migrationshintergrund



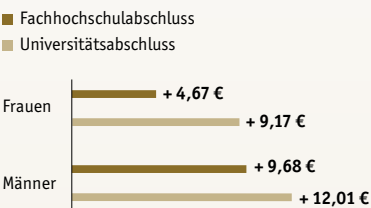
Keine Leistungsschere in der Kompetenzentwicklung zwischen den Schularten

Kompetenzen (Mathematik) von der 5. Jahrgangsstufe (Jg.) bis zum jungen Erwachsenenalter



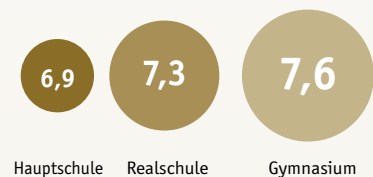
Für Frauen lohnt sich ein Universitätsabschluss finanziell stärker als ein Fachhochschulabschluss

Differenz im durchschnittlichen Bruttostundenlohn 2019 in € im Vergleich zum Abschluss einer dualen Ausbildung bzw. (Berufs-)Fachschule (Schätzungen)



Lebenszufriedenheit von Schüler:innen unterscheidet sich nach besuchter Schulart

Lebenszufriedenheit in der 9. Jahrgangsstufe (2014/2015) auf einer Skala von 0 (ganz und gar unzufrieden) bis 10 (ganz und gar zufrieden)



Neben den in den letzten Bildungsberichten benannten bereichsübergreifenden Trends und Problemlagen, die nicht an Bedeutung verloren haben, wurde die Entwicklung des Bildungswesens in den letzten 2 Jahren maßgeblich von den Auswirkungen der Corona-Pandemie geprägt. Mehr noch als andere Ausnahmesituationen – etwa die Finanz- und Wirtschaftskrise 2008, die außergewöhnlich starke Zuwanderung 2015/16 oder auch der aktuelle Krieg in der Ukraine – berühren die pandemiebedingten Einschränkungen grundsätzlich eine Reihe tradierter Abläufe, Vorstellungen und vermeintlicher Gewissheiten über das Bildungsgeschehen in Deutschland. Bei der Beurteilung der Leistungsfähigkeit des Bildungswesens rücken nun einige neue Fragen in den Fokus – etwa nach den sozialen und ökonomischen Rahmenbedingungen, den Angebotsstrukturen und -formaten der Bildungsinstitutionen sowie den Möglichkeiten ihrer Inanspruchnahme bis hin zur Steuerung und Koordination der Teilbereiche des Bildungswesens. Die mittel- und langfristigen Konsequenzen für individuelle Bildungsverläufe sind aber derzeit nur teilweise absehbar – auch weil die Pandemie inzwischen zwar eingedämmt, aber noch nicht vorüber ist. Die verfügbaren Daten können zudem nur punktuell Einblicke in ausgewählte Facetten des Bildungsgeschehens während der Pandemie geben. Gleichwohl ermöglichen es die Indikatoren des Bildungsberichts zumindest, im Zeitverlauf auf erste Veränderungen in den Bildungsangeboten, im Bildungsverhalten oder in den Bildungsergebnissen aufmerksam zu machen, die eine unmittelbare Folge der Pandemie sind oder doch mit ihr in Zusammenhang stehen. Auf diese neueren Entwicklungen und Problemlagen wird im Folgenden über alle Bildungsbereiche hinweg ein erster bilanzierender Blick gerichtet.

Je nach Bildungsbereich unterschiedliche Folgen von pandemiebedingten Einschränkungen im Bildungsangebot: Seit dem 1. Lockdown im März 2020 konnten viele Bildungseinrichtungen wiederholt und über längere Zeiträume keine Präsenzangebote vorhalten. Pädagogische Betreuungs- und Unterstützungsaufgaben mussten teilweise oder gänzlich außerhalb der Bildungseinrichtungen im privaten Raum bewältigt werden oder entfielen ganz, was vor allem in Familien mit kleineren Kindern zu erheblichen Mehrbelastungen führte. Je jünger die Heranwachsenden waren, desto schwieriger erwies es sich für die Bildungsinstitutionen und das Fachpersonal, Bildungsangebote auf Distanz umzusetzen, und umso mehr Unterstützung bedurfte es seitens des engeren familialen Umfelds. Besonders einschneidend waren die zeitweiligen Schließungen von Einrichtungen oder Gruppen entsprechend im Elementar- und Primarbereich, wo auch die Schutz- und Hygienemaßnahmen sowie Kontaktreduzierungen die Planung und Gestaltung pädagogischer Arbeit empfindlich beeinträchtigten. Für Schulkinder kumulierte sich der vollständige oder partielle Verzicht auf Präsenzunterricht seit Beginn der Corona-Pandemie auf mehrere Monate des Distanzlernens. Wie die Abstimmungsprozesse zwischen Schulen und Schulverwaltung, innerhalb der Schulkollegien sowie zwischen Schulen und Elternhäusern unter den wechselnden Bedingungen von Präsenz-, Wechsel- und Distanzunterricht ausgestaltet waren, lässt sich allerdings kaum datengestützt beurteilen. Stellt man die Selbstständigkeit und Selbstorganisation von Studierenden aufgrund ihres Alters in Rechnung, so gelang an den Hochschulen der Umstieg auf Onlinelehre noch vergleichsweise am besten, allerdings auch hier um den Preis fehlender sozialer Kontakte. Im Studienalltag hat sich zudem die Studienfinanzierung bei etwa einem Drittel der Studierenden als problematisch erwiesen, weil studentische Jobs wegfielen oder Eltern wegen eigener Einkommensverluste weniger Unterstützung leisten konnten. Auch viele Lehrkräfte im Weiterbildungsbereich sahen sich vor allem zu Beginn der Pandemie mit gravierenden Einkommenseinbußen konfrontiert, sodass sich viele Soloselbstständige und Honorarkräfte der Herausforderung beruflicher Neuorientierung stellen mussten. Beeinflusst durch wirtschaftliche Unsicherheiten von Unternehmen und Dienstleistungsanbietern sowie durch Einschränkungen bei der Durchführung beruflicher Ausbildungen ist zudem ein Einbruch des Aus- und Weiterbildungsangebots festzustellen, dessen Ausmaß mit dem der Finanzkrise 2008 vergleichbar ist.

Wachsende Dynamik beim Ausbau digitaler Bildungsangebote, aber keine vollständige Kompensation fehlender Präsenzangebote:

Die Corona-Pandemie hat den Ausbau digital unterstützter Bildungsangebote auch durch Programme des Bundes und der Länder (z. B. DigitalPakt Schule) in vielen Bereichen deutlich beschleunigt. Trotzdem ist beispielsweise für die Frühe Bildung zu konstatieren, dass nur rund ein Drittel der Kitas während der Pandemie digitale Austauschformate für die Kommunikation mit Eltern und zum Teil auch mit Kindern genutzt hat. Lehrkräfte im Schulwesen beklagten zu Beginn der Pandemie eine unzureichende digitale Ausstattung ihrer Schulen, die sich bis zum 2. Lockdown kaum verbesserte. Hinzu kam, dass die häuslichen Gelegenheitsstrukturen nicht in allen Familien hinreichend waren, um allen Schüler:innen – auch aus sozial schwächeren Elternhäusern – die notwendigen Lernfortschritte zu ermöglichen. Zwar fand die Mehrheit der Lehrkräfte Wege zur digitalen Bereitstellung von Lernmaterialien, aber die Häufigkeit der Kontakte zwischen Lehrkräften und Schüler:innen war erheblich reduziert und variierte auch deutlich zwischen den Schularten. Selbstständiges Lernen und der Umgang mit digitalen Geräten wurden zweifelsohne im Distanzunterricht gefordert und befördert; dies konnte aber vor allem in den jüngeren Altersgruppen professionelle pädagogische Arbeit in direktem Austausch nicht ersetzen. An den Hochschulen hat die relativ gute technische Ausstattung, auch der Studierenden und Lehrenden, zur schnellen Umstellung auf Onlineangebote ebenso beigetragen wie eine solide Basis an digitalen Kompetenzen (vgl. Autorengruppe Bildungsberichterstattung, 2020). Bei einigen Weiterbildungsanbietern stieß die rasche Umstellung auf digitale Formate stattdessen auf Hürden und Einschränkungen. Dies fiel u. a. bei den Volkshochschulen auf, die während des 1. bundesweiten Lockdowns nur einen geringen Anteil des geplanten Angebots umsetzen konnten. Auch das Integrationskursangebot des Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) ist zeitweise deutlich eingebrochen, da auch in diesem vergleichsweise stark reglementierten Bereich die Umstellung auf digitale Formate Zeit erforderte. Dass in den einzelnen Bildungsbereichen die Angebote häufig nicht kurzfristig auf ein digitales Format umgestellt werden konnten, hing wahrscheinlich auch mit fehlenden Kompetenzen und Routinen beim Personal zusammen.

Erste Kompetenzstudien deuten auf Rückgänge bei den Schulleistungen hin:

Bundeslandspezifische Erhebungen an Schulen sowie eine nationale Studie an Grundschulen deuten darauf hin, dass der Kompetenzstand von Schüler:innen im Jahr 2021 im Vergleich zu Gleichaltrigen der Vorjahre signifikant niedriger war. Ob sich die festgestellten Leistungsrückgänge auch in anderen Bundesländern und in anderen Altersgruppen zeigen, muss vorerst offenbleiben. Da bei etwa jedem 5. Kita-Kind im Alter von 3 Jahren und dem Schuleintritt die Kita die wichtigste Lernwelt für die deutsche Sprache ist, die Einrichtungen aber zeitweilig gar nicht oder nur eingeschränkt geöffnet waren, liegt auch in der frühen Bildung die Vermutung entsprechend geringerer Kompetenzzuwächse während der Corona-Pandemie nahe. International angelegte Metaanalysen, die den Effekt des Distanzunterrichts auf die Kompetenzentwicklung in verschiedenen Staaten, Schularten, Kompetenzdomänen und Jahrgangsstufen analysieren, weisen auch darauf hin, dass die Kompetenzen der Schüler:innen – und dabei insbesondere die der jüngeren und sozioökonomisch schlechter gestellten – 2020 und 2021 geringer ausfielen als in vorherigen Kohorten. International deutet sich dabei an, dass die Kompetenzeinbußen im 1. Lockdown größer ausfielen als in den darauf folgenden Phasen der Pandemie. In Deutschland ist das Bildungsmonitoring nicht engmaschig genug, um diese Unterschiede abzubilden. Auch mussten die etablierten groß angelegten Leistungsstudien, die bereits vor der Pandemie auf negative Trends in den Schulleistungen hindeuteten, pandemiebedingt verschoben werden.

Fehlende Unterstützungsstrukturen für sozioemotionale Beziehungen:

Bei allen offenen Fragen und berechtigten Sorgen um den Kompetenzerwerb unter Pandemiebedingungen dürfen auch die sozioemotionalen Beziehungen von Kindern und Jugendlichen nicht außer Acht gelassen werden. Bildungseinrichtungen sind für Lernende – auch durch die regelmäßige Begegnung mit Gleichaltrigen – nicht zuletzt ein bedeutsamer Sozialraum, dessen Wegfall durch die massiven Kontaktbeschränkungen sowie darüber hinausgehende Schließungen von Bildungs-, aber auch Freizeiteinrichtungen mit gravierenden psychosozialen Folgen einherging. Eltern von Kindern etwa, die phasenweise keine Kindertagesbetreuung besuchen konnten, gaben eine deutliche Abnahme des kindlichen Wohlbefindens an. Auch in einer Befragung von 11- bis 17-Jährigen berichtete die überwiegende Mehrheit von einem erhöhten Belastungserlebnis in der Corona-Pandemie. Ob sich daraus allerdings anhaltende psychische oder sozioemotionale Auffälligkeiten entwickeln, hängt auch von den individuellen Ausgangslagen ab. Je höher bei Schulkindern etwa die Kompetenzen und je größer die Anstrengungsbereitschaft waren, desto besser kamen sie laut Elterneinschätzungen mit dem Distanzunterricht zurecht. Psychische Auffälligkeiten verzeichneten insgesamt gleichwohl einen erheblichen Anstieg: Sie wurden während der Pandemie für fast jedes 3. Kind berichtet, wogegen vor der Pandemie etwa jedes 5. Kind betroffen war. Auch unter den Studierenden beklagt die Mehrheit im Onlinestudium, dass der persönliche Kontakt zu Kommiliton:innen und Lehrenden fehlte. Dadurch wird die soziale und akademische Integration der Studierenden in die Hochschule gefährdet oder zumindest erschwert; und auch hier gibt es Hinweise auf ein erhöhtes Maß an psychischer Belastung.

Mangelnde Personalressourcen in einigen Bildungsbereichen erschwerten den Umgang mit der Corona-Pandemie:

Das Bildungspersonal sah sich durch das Pandemiegeschehen mit teils völlig neuen Ausgangslagen für die pädagogische Arbeit konfrontiert. Insgesamt gab es einen hohen öffentlichen Druck, die Bildungseinrichtungen weitgehend offen zu halten, auch um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zumindest für Eltern in sogenannten systemrelevanten Berufsgruppen sicherzustellen. Zudem galt es Wege zu finden, weiterhin allen Bildungsteilnehmer:innen Bildungsangebote zu unterbreiten. Je nachdem, wie weit in den einzelnen Bildungsbereichen und Bildungseinrichtungen alternative, insbesondere digitale Lerngelegenheiten entwickelt waren, gelang dies vor allem selbstständigeren Lernenden mehr und anderen weniger gut. Insbesondere zu Beginn der Pandemie konnten dabei die eingeschränkten oder fehlenden Möglichkeiten eines direkten Kontakts und Austauschs zwischen dem Personal und den jungen Menschen an vielen Stellen nicht so aufgefangen werden, dass eine kontinuierliche Lernbegleitung sichergestellt war.

Dazu beigetragen haben dürfte die in einigen Bereichen deutlich angespannte Personalsituation, die durch zusätzliche coronabedingte Ausfälle noch verschärft wurde und zu der eine gestiegene Zahl an Quer- und Seiteneinstiegen von Personen ohne grundständige pädagogische Qualifikation hinzugekommen ist. Zwar ist der Personalbestand im Bildungswesen in der Mehrzahl der Bildungsbereiche, insbesondere aber in der Frühen Bildung und in der Hochschulbildung, im letzten Jahrzehnt erheblich gewachsen. Überwiegend folgt dieser Zuwachs jedoch der veränderten Bildungsnachfrage seitens der Teilnehmer:innen, sodass sich die Personalschlüssel und Betreuungsrelationen allenfalls geringfügig verbessert haben. Unter diesen Rahmenbedingungen unterschiedlich großer quantitativer oder qualitativer Personalengpässe war die Reaktions- und Handlungsfähigkeit der pädagogisch Tätigen entsprechend eingeschränkt.

Größere Unsicherheiten bei Entscheidungen an den Schnittstellen des Bildungswesens:

Die Pandemie hat nicht nur die Reichweite und Qualität der Bildungsangebote beeinflusst, sondern scheint auch Unsicherheiten bei Entscheidungen über die anzustrebenden Bildungswege ausgelöst zu haben, die in einem an die Ungewissheiten angepassten Bildungsverhalten zum Ausdruck kommen. Während bislang keine direkten Auswirkungen der Pandemie auf die Häufigkeit vorzeitiger und verspäteter Einschulungen sowie auf die Übergänge in weiterführende Schulen am Ende der Grundschulzeit erkennbar wurden, zeichnen sich jedoch Veränderungen am Ende der allgemeinbildenden Schullaufbahn ab: So ist die rückläufige Zahl der Schulabgänge ohne Abschluss ein Indiz für einen längeren Schulbesuch. Dies korrespondiert mit dem deutlichen Rückgang der Nachfrage nach Ausbildungsplätzen, der auch als Resultat von wahrgenommenen Einschränkungen im Ausbildungszugang und Unsicherheiten in Bezug auf den Ausbildungsverlauf gesehen werden muss. Insbesondere Jugendliche, die die Schule unter anderen Umständen ohne oder mit Erstem Schulabschluss verlassen hätten, sind offenbar länger im allgemeinbildenden Schulwesen verblieben. An den Hochschulen ließen sich zu Beginn der Pandemie bei der Zahl der Studienanfänger:innen (aus dem Inland) zwar keine Effekte beobachten, die auf eine geringere oder verzögerte Studienaufnahme hindeuten; die Corona-Pandemie wird laut Einschätzung vieler Studierender aber zu einer längeren Studiendauer führen. Die Regelstudienzeiten für die während der Pandemie eingeschriebenen wurden verlängert, sodass Langzeitgebühren vermieden werden und ein längerer BAföG-Bezug möglich ist. Zudem dürfte die Pandemie 2021 in einem nicht genau bezifferbaren Ausmaß zum Rückgang der Anzahl an Hochschulabsolvent:innen um rund 6% beigetragen haben, etwa weil Prüfungen insbesondere zu Beginn der Pandemie nicht durchgeführt werden konnten oder aufgeschoben wurden. Die Weiterbildungsteilnahme scheint trotz kurzfristiger Einbrüche unverändert hoch, ohne dass sich derzeit Hinweise auf eine Verschärfung der sozialen Selektivität abzeichnen. Es deutet sich allerdings eine Hinwendung zu kürzeren und digitalen Weiterbildungsangeboten an.

Einschränkungen der internationalen Mobilität von Bildungsteilnehmer:innen:

Veränderungen in den Bildungsverläufen werden auch in jenen Bereichen sichtbar, die an Entscheidungen für oder gegen einen Auslandsaufenthalt geknüpft sind. Durch pandemiebedingte Reisebeschränkungen kam es z. B. einerseits zu einem Einbruch bei den Anmeldungen zu internationalen Freiwilligendiensten, andererseits verzeichneten die inländischen Jugendfreiwilligendienste etwas mehr Teilnehmer:innen. Ebenso ist davon auszugehen, dass viele Schüler:innen pandemiebedingt auf ein Auslandsschuljahr verzichten mussten. Auch Studierende gingen zuletzt weniger ins Ausland. Die Zahl der mit Erasmus+ ins Ausland gehenden Studierenden war im Wintersemester 2020/21 nur etwa halb so hoch wie vor der Corona-Pandemie. Analog sank im Studienjahr 2020 die Zahl internationaler Studienanfänger:innen in Deutschland mit -22% so deutlich, dass hierzulande die Studiennachfrage insgesamt um 3,6% zurückging. Nicht rückläufig war jedoch die Gesamtzahl internationaler Studierender; ein bereits in Deutschland aufgenommenes Studium wurde in der Pandemie demnach zumeist weitergeführt.

Neuere Entwicklungen und Problemlagen im Lichte der Corona-Pandemie

Fehlende Unterstützungsstrukturen
für sozioemotionale Beziehungen

Je nach Bildungsbereich
unterschiedliche Folgen von
coronabedingten Einschränkungen
im Bildungsangebot

Erste Kompetenzstudien
deuten auf Rückgänge
bei den Schulleistungen hin

Einschränkungen der internationalen
Mobilität von Bildungsteilnehmer:innen

Zentrale Herausforderungen



Zusammenarbeit und Verbindlichkeit

Eine Steigerung der Reaktions- und Handlungsfähigkeit sowie Stärkung der Verantwortlichkeit der Akteur:innen im Bildungswesen verlangt intensive, verbindliche und bereichsübergreifende Abstimmungsprozesse auf Basis empirisch gesicherter Informationen.

Größere Unsicherheiten bei Entscheidungen an den Schnittstellen des Bildungswesens

Wachsende Dynamik beim Ausbau digitaler Bildungsangebote, aber keine vollständige Kompensation fehlender Präsenzangebote

Mangelnde Personalressourcen in einigen Bildungsbereichen erschweren den Umgang mit der Pandemie



Digitalisierung

Die Digitalisierung des Bildungssektors schreitet weiter voran. Künftig kommt es besonders auf die Verstärkung der Investitionen in die Infrastruktur, den Ausbau digitaler Bildungsangebote und die Weiterqualifizierung des Personals an.



Personalgewinnung und -qualifizierung

Zur Sicherung des benötigten qualifizierten pädagogischen Personals bedarf es in den nächsten Jahren sowohl bei der Gewinnung zusätzlicher Fachkräfte als auch bei der Weiterentwicklung der derzeitigen Fortbildungsstruktur und -kultur großer Anstrengungen.

Der nationale Bildungsbericht hat in den vergangenen Jahren im Einklang mit der empirischen Bildungsforschung, der Bildungspolitik, der Bildungspraxis und Teilen der Öffentlichkeit wiederholt auf andauernde Herausforderungen des Bildungswesens in Deutschland aufmerksam gemacht. Dazu gehören etwa die anhaltend hohe soziale Ungleichheit in Bezug auf Bildungschancen oder der Stand sowie die Entwicklung kognitiver Kompetenzen und fachlicher Qualifikationen, die hinter den Erwartungen der Gesellschaft und der Wirtschaft, aber auch vieler Interessengruppen und handelnder Akteur:innen zurückbleiben. Herausforderungen ergeben sich zudem aus der Tatsache, dass drängende Probleme wie die Sicherung einer sprachlichen Grundbildung für alle über den Lebenslauf hinweg nur bildungsbereichsübergreifend bewältigt werden können, ohne dass dafür bereits eindeutige politische Zuständigkeiten definiert wären. Aufgrund der Persistenz dieser Problemlagen sowie der daran geknüpften Herausforderungen sind grundlegende Neuausrichtungen für die Steuerung und Weiterentwicklung des Bildungssystems in den gegebenen 2-Jahres-Zyklen der nationalen Bildungsberichterstattung kaum zu erwarten. Auch die Corona-Pandemie – verstanden als ein exogener Schock, auf den das Bildungssystem nicht hinreichend vorbereitet war – hat in erster Linie bereits bekannte Problemlagen noch stärker zutage treten lassen. Neu war vor allem, dass die öffentliche Mitverantwortung für die Bildungsprozesse und das Aufwachsen junger Menschen trotz zum Teil weitreichender Interventionen und zusätzlicher Mittel von Bund und Ländern nur bedingt aufrechterhalten werden konnte.

Die Entwicklung des Bildungswesens ist auch dadurch gekennzeichnet, dass verschiedene Krisen zuletzt in kurzen Abständen auftraten. Teils temporäre, teils längerfristige Herausforderungen ergaben sich in den vergangenen Jahren aus Ereignissen wie der Zuwanderung aufgrund von Flucht und Vertreibung, aus Umweltkatastrophen und Pandemien oder gar aus Kriegen. Die Bewältigung derartiger Krisensituationen ist daher als eine kontinuierliche Aufgabe für die Gestaltung von Bildungsprozessen in allen Bildungsbereichen zu verstehen. Wenn Herausforderungen einer Krise durch Herausforderungen einer weiteren Krise eingeholt oder überlagert werden, erfordert allein diese Parallelität eine Priorisierung, da nicht alle Problemlagen gleichzeitig und in gleicher Intensität angegangen werden können. Das gilt nicht nur für die Verantwortlichen auf politischer und administrativer Ebene, sondern auch für alle, die pädagogische Angebote in den verschiedenen Bereichen des Bildungswesens mitgestalten: vom Bildungspersonal über die Leitungskräfte von Einrichtungen sowie die Repräsentant:innen von Berufs-, Träger- und Interessenverbänden

bis hin zu den Teilnehmenden. Vor diesem Hintergrund konzentrieren wir uns im Folgenden darauf, solche Herausforderungen zu skizzieren, die die Reaktions- und Handlungsfähigkeit des Bildungswesens auch unter den Bedingungen von Krisen steigern können. Wir beschränken uns zudem auf solche Herausforderungen, die bildungsbereichsübergreifend angegangen werden können und müssen.

Potenziale für die Steigerung der Reaktions- und Handlungsfähigkeit des Bildungssystems sehen wir erstens in einer größeren Verbindlichkeit in der Zusammenarbeit relevanter, also verantwortlicher und steuernder Entscheidungsträger:innen, zweitens in der Nutzung der Potenziale digitaler Medien für didaktisch innovative Bildungsangebote und Kommunikationsformate sowie drittens in der Sicherstellung verbesserter institutioneller Rahmenbedingungen nicht nur für die Ausbildung und berufsbegleitende Fortbildung des pädagogischen Personals, sondern auch für die Sicherung des künftig noch vermehrt benötigten Bildungspersonals.

Zusammenarbeit und Verbindlichkeit



Nicht zuletzt die Corona-Pandemie zeigt, dass Krisen nicht allein von einzelnen Akteur:innen in den jeweiligen Bildungsbereichen oder auf getrennten Verantwortungs- und Entscheidungsebenen bewältigt werden können, sondern einer gemeinsamen und möglichst bereichsübergreifenden Verständigung bedürfen. Bereits im letzten nationalen Bildungsbericht wurde auf die Notwendigkeit intensiver Austausch- und Abstimmungsprozesse hingewiesen. Für Deutschland liegen bisher nur vereinzelt Studien vor, in denen solche Prozesse näher betrachtet und untersucht werden. Zwar konnte in den letzten beiden Jahrzehnten das Wissen über Bildung und damit auch das Wissen *für* die Steuerung des Bildungswesens kontinuierlich über alle Bildungsbereiche hinweg gesteigert werden. Doch gibt es vergleichsweise wenig Forschungsaktivitäten, um Wissen *über* die Steuerung des Systems zu generieren. Die Stärkung dieser Forschungsperspektive legen bereits die Zielsetzungen der Gesamtstrategie der Kultusministerkonferenz (KMK) zum Bildungsmonitoring nahe, in denen ein stärkerer Anwendungsbezug von Forschungsergebnissen für die Steuerung und Gestaltung des Bildungswesens formuliert wurde.

Vor diesem Hintergrund ist die Ankündigung der Bundesregierung und der Bundesbildungsministerin eines „Innovationsjahrzehnts der Bildungschancen“ – gestützt auf bessere finanzielle Rahmenbedingungen, auf die Ausweitung digitaler Infrastrukturen sowie auf die Qualifizierung des Personals – ein notwendiger und wichtiger Schritt, sofern gleichzeitig die Perspektive der Steuerung und der Evaluation von Steuerungsmaßnahmen berücksichtigt wird. Leitend ist der

Gedanke eines Kooperationsgebots, das eine „neue Kultur der Bildungszusammenarbeit“ fördern soll. Um die angekündigten Maßnahmen umsetzen zu können, sollen ggf. auch notwendige (grund)gesetzliche Voraussetzungen geschaffen werden. Ein solcher Aufbruch wäre im bereichsübergreifenden Horizont des Bildungswesens mit seinen uneinheitlichen gesetzlichen Zuständigkeiten sicherlich zu begrüßen. Gleichzeitig ist aber die Autonomie des Handelns der unterschiedlichen Akteur:innengruppen vor Ort nicht nur anzuerkennen, sondern auch zu stärken. Wie etwa die anfänglich schleppende Umsetzung des DigitalPakts Schule verdeutlicht, lassen sich mit einer reinen Bereitstellung zusätzlicher finanzieller Mittel durch Bund und Länder die Qualitätsprobleme in den Institutionen des Bildungswesens nicht lösen. Dies kann vielmehr erst dann gelingen, wenn die bereitgestellten Mittel tatsächlich das pädagogische Angebot verbessern – und dies erfordert zuerst eine koordinierte Vernetzung aller Beteiligten, wie sie u. a. mit der geplanten Nationalen Bildungsplattform angestrebt wird, bei einer gleichzeitig engen Einbindung der pädagogischen Praxis. Eine verbesserte und verbindlichere Kooperation ist vor allem für die Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern anzustreben. Die 3 großen Bund-Länder-Programme „Leistung macht Schule – LemaS“, „Schule macht stark – SchuMaS“ und „Bildung durch Sprache und Schrift – BiSS-Transfer“ sind – neben der nationalen Bildungsberichterstattung – hier exemplarisch für mögliche Kooperationen im Föderalismus zu nennen. Aber diese Programme zeigen zugleich auch beispielhaft, dass eine verbesserte und verbindlichere Kooperation auf allen Steuerungsebenen angezeigt ist: für die Zusammenarbeit innerhalb von Ministerien, zwischen verschiedenen Ministerien, zwischen der Administration und den Verantwortlichen in Verbänden und Bildungseinrichtungen sowie schließlich innerhalb der Einrichtungen des Bildungswesens zwischen den verschiedenen Beschäftigtengruppen.

Potenzial für die Steigerung der Reaktions- und Handlungsfähigkeit des Bildungswesens besteht auch in einer größeren Verbindlichkeit in der Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und Bildungspolitik. Der nationale Bildungsbericht steht prototypisch für den Anspruch, Politik und Praxis kontinuierlich und verlässlich steuerungsrelevantes Wissen zur Verfügung zu stellen. Ob und inwieweit dieses Wissen tatsächlich steuerungsrelevant ist und als solches wahr- und ernst genommen wird, wird bislang allerdings weder verbindlich kommuniziert noch evaluiert. Zudem stößt die Berichterstattung an Grenzen, wenn relevante und aktuelle Daten und Informationen nicht verfügbar sind. Wie die Pandemie gezeigt hat, fehlen solche Daten oft auch auf lokaler Ebene, etwa zur technischen Infrastruktur von Bildungseinrichtun-

gen oder zu Kontakten zwischen Lehrer:innen auf der einen und Schüler:innen auf der anderen Seite während der Lockdowns. Eine Herausforderung besteht entsprechend auch darin, Daten als Grundlage für Steuerungshandeln schneller verfügbar zu machen und auch zu prüfen, wo es erforderlich und möglich ist, unterjährige Daten vorzuhalten, die für ein schnelles Reagieren auf exogene Schocks durch nicht vorhersehbare Krisensituationen notwendig sind. Wenn es darüber hinaus selbstverständlicher wird, relevante Entscheidungen und Handlungen – von Struktur- und Förderentscheidungen der Politik bis hin zu Maßnahmen der Personal- und Organisationsentwicklung vor Ort – zu evaluieren und zu beurteilen, ob daran geknüpfte Erwartungen tatsächlich auch erfüllt wurden, dürfte dies ebenfalls die Reaktions- und Handlungsfähigkeit steigern. Denn nur unter solchen Bedingungen kann das Bildungswesen lernen und die Verantwortlichkeit der Akteur:innen stärken.

Digitalisierung



Zusätzlich zu einer verbindlicheren Kooperation ist die Digitalisierung in allen Bildungsbereichen eine notwendige, wenngleich nicht hinreichende Voraussetzung für die Zukunftsfähigkeit des Bildungssektors. Die Nutzung der Potenziale digitaler Lern- und Bildungsmedien wird dazu beitragen, die Reaktions- und Handlungsfähigkeit der verschiedenen Bildungsbereiche auch unter Krisenbedingungen zu verbessern: Abgesehen davon, dass digitale Technologien sowohl in Präsenz als auch auf Distanz neue Lernwelten eröffnen, können sie helfen, Lern- und Bildungsprozesse zeitlich und örtlich flexibler zu organisieren, sie können selbst organisierte und didaktisierte Lehr-Lern-Prozesse unterstützen und das Instrumentarium für deren Gestaltung erweitern. Vor allem aber bieten sie, didaktisch reflektiert eingesetzt, das Potenzial, das Verhältnis von angeleitetem zu selbst organisiertem Lernen neu zu gewichten – und je nach Alter, Vorerfahrungen und Motivation zu individualisieren. Auch wenn Digitalisierung nicht frei von Risiken ist, liegt das größere Risiko darin, die Digitalisierung im Bildungswesen nicht mit der nötigen Entschlossenheit voranzutreiben. Sonst besteht die Gefahr, dass sich die digitalisierten Lernwelten innerhalb und außerhalb von Bildungseinrichtungen entkoppeln. Um Möglichkeiten der Digitalisierung zu entfalten, braucht es neben IT-Infrastrukturen auch Strukturen, die Digitalität in den Curricula der einzelnen Bildungsbereiche verankern.

Die sehr unterschiedlichen Facetten der Digitalisierung für das Bildungswesen wurden im Schwerpunktteil des Bildungsberichts 2020 ausführlich behandelt. In den letzten beiden Jahren hat die Corona-Pandemie den herausragen-

den Stellenwert der Digitalisierung für einige Bildungsbereiche noch einmal deutlich hervortreten lassen: Nahezu alle Bildungsbereiche waren von den im Zuge der Corona-Pandemie nötigen Schließungen der Einrichtungen betroffen und mussten ohne Vorbereitungszeit Lernangebote auf Distanz zur Verfügung stellen. Mit Ausnahme der Frühen Bildung, für die sich ein digitales Ersatzprogramm kaum umsetzen lässt, gelang es den betroffenen Institutionen und pädagogisch Tätigen dabei unterschiedlich gut und schnell, digital gestaltete Alternativen zu Präsenzformaten anzubieten.

In der Rückschau ist festzuhalten, dass das Vorhandensein einer entsprechenden digitalen Infrastruktur, etwa an Hochschulen und Schulen, sowie im Umgang damit geschulte und erfahrene Lehrende und Lernende mancherorts einen weitgehend friktionsarmen Übergang in digitalisierte Formate ermöglichten. Auch wurden vielerorts innovative Lösungen gefunden, die auf ganz unterschiedliche Arten eine sinnvolle Teilnahme an Bildungsangeboten ermöglichten. In anderen Bereichen ist auch nach 2 Jahren Corona-Pandemie ein nur überschaubarer Fortschritt zu erkennen, was durch das Fehlen entsprechender Infrastruktur nicht allein erklärt werden kann: Ein Bedarf an kontinuierlicher, qualifizierter Weiterbildung des Bildungspersonals sowie an direkter Unterstützung für digital weniger affine Bildungsfachkräfte wird hier offenkundig.

Die Corona-Pandemie hat den grundsätzlichen Wert digitaler Bildungsangebote noch einmal deutlich werden lassen. So wie auch das Arbeiten im Homeoffice zukünftig viel selbstverständlicher werden wird, ganz unabhängig von Krisensituationen, so wird auch im Bildungsbereich nach der Pandemie eine starke Nachfrage nach entsprechenden Angeboten bestehen bleiben: Bildungsinstitutionen können auf digitalen Wegen zeitlich und räumlich flexibel Angebote vorhalten, die nicht nur in Krisenzeiten, sondern ganz allgemein wertvolle Ergänzungen oder sogar Alternativen zu Präsenzveranstaltungen darstellen können. Vor diesem Hintergrund bleibt die nachhaltige Digitalisierung des Bildungssektors mit einer Verstetigung der Investitionen in die Infrastruktur und einem Ausbau digitaler Bildungsangebote, vor allem aber einer entsprechenden Qualifizierung des Bildungspersonals eine der zentralen Herausforderungen für die kommenden Jahre. Die im Zuge der Corona-Pandemie gemachten Erfahrungen können hier eine wertvolle Hilfe sein, Defizite und Bereiche besonderer Tragweite zu erkennen und Ressourcen gezielt einzusetzen.

Dazu bedarf es koordinierter Anstrengungen, um den Anforderungen einer digitalisierten Welt gerecht zu werden, die ihre Grenzen nicht an den Limitierungen der föderalen Struktur erfahren darf. Dies bezieht sich nicht nur auf Abstimmungsprozesse zur Qualifizierung des pädagogischen Perso-

nals, sondern auch auf die forschungsbasierte Entwicklung von Lernmaterialien und deren Verfügbarmachung über den Aufbau einer föderierten Nutzungsstruktur. Das Zusammenwirken von regional übergreifender wissenschaftlicher und bildungspraktischer Expertise, ggf. in Kooperation mit dem Know-how aus der Wirtschaft, verspricht innovative Lösungen, von denen Bildungseinrichtungen und damit auch die Bildungsteilnehmenden bundesweit, ortsunabhängig und nachhaltig profitieren können.

Personalgewinnung und -qualifizierung



Reaktions- und handlungsfähig kann das Bildungswesen nur sein, wenn es über hinreichend qualifiziertes und motiviertes Personal verfügt. Die Sicherung des im Bildungswesen benötigten Personals erscheint daher auch für die Zukunft eine vordringliche Aufgabe, die Bund, Ländern und Kommunen große Anstrengungen abverlangt. Dabei geht es zum einen um die quantitative Deckung des sich immer wieder ändernden und tendenziell ausweitenden Personalbedarfs, zum anderen aber auch um die notwendigen Qualifizierungsmaßnahmen für das Personal. Letzteres gilt für alle Bildungsbereiche, etwa mit Blick auf den Bedarf an Kompetenzen zur Gestaltung digitaler Lernumgebungen. Professionalisierung ist aber ebenso dringend für andere Aufgabenfelder angezeigt: für die Gestaltung einer inklusiven Bildung, die alle Lernenden bestmöglich fördert, für den Ausbau und die Qualitätsentwicklung der Ganztagsangebote im Grundschulalter, für den Umgang mit einer wachsenden Diversität in Lerngruppen oder für die Gestaltung von Lernprozessen, die Mehrsprachigkeit nicht nur als Herausforderung, sondern vielmehr als Chance für individuelles und gemeinsames Lernen betrachten.

Obwohl der Zugang zu pädagogischen Berufen in sehr unterschiedlichem Maße über standardisierte und reglementierte Qualifizierungswege erfolgt, ist über die Folgen der jeweiligen Zugänge und Rekrutierungspraxen für das pädagogische Handeln bislang wenig bekannt. Da aufgrund der gestiegenen Bedarfe an pädagogischen Fachkräften in nahezu allen Bildungsbereichen Ad-hoc-Regelungen für sogenannte Quer- oder Seiteneinstiege eröffnet worden sind, ist deren (Nach-)Qualifizierung sicher eine vordringliche Aufgabe. Aber auch dort, wo etwa der Grad an Akademisierung der Beschäftigten vergleichsweise gering ist wie in der Frühen Bildung oder Teilen der Weiterbildung, sollte bildungspolitisch geprüft werden, welcher Anteil und welcher Grad an Akademisierung anzustreben wäre und wie die verschiedenen Qualifikationsprofile in den Bildungseinrichtungen bestmöglich zusammenwirken können. Weitgehend offen und bislang ebenfalls kaum geprüft ist die Frage, inwiefern funktionale oder thematische Spezialisierungen innerhalb eines Bildungsbereichs oder Arbeitsfelds

eine angemessene Weiterentwicklung gegenwärtiger Strategien der Personalgewinnung und -qualifizierung darstellen. Eine stark versäulte Ausbildung mit einer eher spezialisierten Aufgabenteilung birgt auch das Risiko, den flexiblen Einsatz vorhandenen oder neu zu gewinnenden Personals zu erschweren.

Insbesondere der institutionelle Ausbau und die konzeptionelle Weiterentwicklung der Strukturen für die berufs begleitende Fortbildung des pädagogischen Personals können helfen, eine Qualifizierungsmentalität zu entwickeln, in der individuelle Professionalisierung selbstverständlich als ein lebenslanger Lernprozess betrachtet wird. Dies gelingt dann, wenn die Erweiterung des pädagogischen und fachlichen Wissens, die Einübung konkreter Fertigkeiten und die kontinuierliche, auch kollegiale Reflexion berufspraktischer Erfahrungen miteinander verschränkt werden. Dies kann aber nur dann erfolgreich sein, wenn die Fortbildungsbedarfe nicht vorgegeben, sondern kooperativ erschlossen werden, z. B. durch eine Verständigung der relevanten Akteur:innen über das erwartete Maß an Fortbildung und zentrale Inhaltsschwerpunkte in den verschiedenen Bildungsbereichen. Die Sicherstellung der Voraussetzungen für eine Fortbildungsteilnahme durch Leitungskräfte und für den Wissenstransfer

im jeweiligen Kollegium oder Team können ebenso zur Weiterentwicklung der Fortbildungskultur beitragen wie beamtenrechtliche, tarifvertragliche, arbeitsrechtliche oder auf individuelle Honorarverträge bezogene Anreizsysteme.

Für die Sicherung des Personalbedarfs und die Weiterentwicklung der professionellen Kompetenzen des pädagogischen Personals geht es schließlich auch darum, (junge) Menschen überhaupt erst für die pädagogischen Berufe zu interessieren und zu gewinnen sowie langfristig in ihren Berufen zu binden. Dazu gehört auch, dass die Arbeitsbedingungen den zum Teil deutlich gestiegenen Anforderungen im Beruf Rechnung tragen. Pädagogisches Personal, das z. B. auch in der institutionsinternen oder -übergreifenden Vernetzung engagiert ist, sollte dabei nicht gezwungen sein, sich nur auf das eigene Engagement zu stützen, sondern auch passende Arbeitszeitmodelle wählen können. Zusammen mit einer qualitätsvollen Ausbildung und einer Kultur der kontinuierlichen Fortbildung, die an kooperativ erschlossenen Bedarfen orientiert ist, wird es so möglich, einer Überforderung entgegenzuwirken und die Berufszufriedenheit zu fördern, um auf verschiedenen Ebenen zu einer Qualitätssteigerung des pädagogischen Handelns beizutragen.

Bildung in Deutschland **kompakt** 2022

Zentrale Befunde des Bildungsberichts

Der nationale Bildungsbericht erscheint alle 2 Jahre als umfassende und empirisch fundierte Bestandsaufnahme des deutschen Bildungswesens: von der Frühen Bildung über die allgemeinbildende Schule und die non-formalen Lernwelten im Schulalter, die berufliche Ausbildung und Hochschulbildung bis hin zur Weiterbildung im Erwachsenenalter.

In dieser Zusammenfassung werden zentrale Befunde dieses 9. Bildungsberichts, einschließlich seines Schwerpunktkapitels zum Bildungspersonal, kompakt und anschaulich für die an bildungspolitischen Fragen interessierte Öffentlichkeit aufbereitet.



Die Mitglieder der Autor:innengruppe Bildungsberichterstattung vertreten die folgenden Einrichtungen:

DIPF | Leibniz-Institut für Bildungsforschung und Bildungsinformation
Deutsches Institut für Erwachsenenbildung – Leibniz-Zentrum für lebenslanges Lernen e. V. (DIE)
Deutsches Jugendinstitut (DJI)
Deutsches Zentrum für Hochschul- und Wissenschaftsforschung (DZHW)
Leibniz-Institut für Bildungsverläufe (LIfBi)
Soziologisches Forschungsinstitut an der Universität Göttingen (SOFI)
Statistische Ämter des Bundes und der Länder (Destatis, StLÄ)

Mit der Federführung des Berichts ist das DIPF | Leibniz-Institut für Bildungsforschung und Bildungsinformation betraut.